



Einladung und Tagesordnung

zur 35. Sitzung des Finanzausschusses

am **23.10.2012** um **18:00 Uhr** im Festsaal des Rathauses

Tagesordnung

- Ö
1. Eröffnung der Sitzung
 2. Beschlussfassung über den nicht-öffentlichen Teil in nicht-öffentlicher Sitzung
 3. Hinweise zur Tagesordnung (bei Bedarf)
 4. Genehmigung der Niederschrift vom 18.09.2012 (öffentlicher Teil)
 5. **Haushaltskonsolidierung**

Hinweise:

Der Tagesordnungspunkt 5 wird gemeinsam mit den Mitgliedern des Haupt- und Planungsausschusses beraten und beschlossen. Daneben sind zu Tagesordnungspunkt 5 die Herren Stöfen und Krüger vom Innenministerium Schleswig-Holstein geladen, um die Haushaltskonsolidierung aus Landessicht zu erläutern.

Die Sitzung ist öffentlich sofern nicht zu einzelnen Tagesordnungspunkten die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.

F. d. R.

gez.

Johannsen

Haushaltskonsolidierung

Bearbeiter: Frau Borchers-Seelig (Tel.: 881-110)

Beratungsfolge:	HAPL	23.10.12
	FA	23.10.12
	StVV	30.11.12

TOP 5

FA

öffentliche
Beschlussvorlage

Sachverhalt

Aufgrund des gefassten Grundsatzbeschlusses Konsolidierungshilfe in Anspruch nehmen zu wollen, hat die Verwaltung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.09.2012 eine Anlage 3 b), welche auch als Anlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages dient, zur Verfügung gestellt.

Inhalt dieser Aufstellung sind insbesondere unter I. „Maßnahmen zur Verbesserung der Erträge/Einnahmen“, unter II. „Verringerungen der Aufwendungen/Ausgaben“. In dieser Liste wurden verwaltungsseitig die von den politischen Gremien bereits beschlossenen Maßnahmen, welche Auswirkung auf die Konsolidierung haben, zusammengefasst. Darüber hinaus wurden die Anforderungen, die sich aus dem Beratungsgespräch beim Besuch im Innenministerium am 06.09.2012 ergeben haben, eingepflegt.

Hieraus ergibt sich ein Konsolidierungspotenzial bis 2015 in Höhe von rund 4,6 Mio. €.

Unter der Gliederung „C“ ist eine Zusammenstellung der von den Fraktionen und Bürgern eingebrachten Ideen und Vorschlägen aufgenommen. Diese in einer Anzahl von 143 eingereichten Ideen wurden, sofern erforderlich, mit Stellungnahmen der Verwaltung versehen.

Aus der nun vorgelegten Anlage 3 b) wird sich ggf. weiterer Beratungsbedarf ergeben. Eine Umsetzung kann ab dem Jahr 2013 in Betracht gezogen werden und damit in Nachtragshaushaltsplanungen einfließen. Unter „Hinweise“ finden sich u. a. Querverweise auf zum Teil schon umgesetzte Maßnahmen (I. und II. der Liste).

In den Fällen, in den sich aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt kein Konsolidierungsansatz im Sinne der Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§ 16 a FAG) erkennen lässt, wurde die finanzielle Auswirkung mit „0“ angegeben, in denen mit Konsolidierungspotential, wurde ein „€“ - Zeichen eingetragen. Umfang und Höhe der Beträge ergeben sich aus den weiteren Beratungen.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Konsolidierungskonzept (Anlage 3 b) mit den Änderungen, die sich aus den Beratungen der politischen Gremien ergeben und beauftragt den Bürgermeister einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Innenministerium abzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen		Folgekosten				Betrag	
<input checked="" type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein

Haushaltsmittel stehen bereit:	<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein
--------------------------------	--------------------------	----	--------------------------	------

Produktsachkonto:		Haushaltsansatz:	
bereits verfügt:		noch verfügbar:	0

Bürgermeister	Frau Borchers-Seelig		
gez.	gez.		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen						
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€ <i>neu 100%</i>						
1.	Anhebung Grundsteuer B von auf 390 % (d.h. 10% über Forderung (380% ab 2013) lt. RdErl. IM vom 08.05.2008)			97.300	97.300		
2.	Ertrag Personal-/Verwaltungskostenerstattung der Schulverbandsmitglieder		16.000	16.300	16.800	17.000	
3.	Gewerbsteuer seit 2010 auf 380 %, d.h. 2011 und 2012 30 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008	278.000	537.000				
4.	Gewerbsteuer ab 2013 20 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008 bei durchschnittlich 4,5 Mio. €			237.000	237.000	237.000	
5.	Vergnügungssteuer ab 2013 auf 12 %, d.h. 2,5 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008			26.000	26.000		
6.	Verzicht der Vergünstigung auf Eckgrundstückregelung im Bereich der Erträge (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010; Betrag berechnet bei 2,50 €/m</i>)		11.700	11.700	11.700	11.700	
7.	Erhöhung Straßenreinigungsgebühren (Reduzierung öffentlicher Anteil auf 25 % bei 2,50 €/m)		11.000	11.000	11.000	11.000	
8.	Mehrerträge durch Hundesteuerstaffelung ab zweitem Hund (siehe Bericht GPA für HJ 2010, TZ 2. b)	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	
9.	Mehrerträge Konzessionsabgaben			36.600	36.600	36.600	
10.	Ertrag Eigenkapitalverzinsung Eigenbetrieb Abwasser (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010, abgelehnt lt. Beschluss StVV 27.09.2012</i>)			97.000	97.000	97.000	
11.	Ertrag Verkauf Grundstück Ernst-Barlach Platz (4 % Veräußerungserlös 434.900 €)		17.400	17.400	17.400	17.400	
12.	Ertrag Verkauf Grundstück "Alter Bauhof" (4 % von Veräußerungserlös 483.900 €)			19.400	19.400	19.400	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		
13.	Veräußerung Markt 6 und 8 lt. Beschluss StVV vom 09.09.2011 (4 % von 350.000 €)			14.000	14.000	14.000		
14.	Einnahmen aus Untervermietung Hans-Koch-Ring		29.300	75.600	75.600	75.600		
15.	Veräußerung nicht benötigter Ausgleichsflächen (4% vom Verkaufserlös)			24.700	24.700	24.700		
16.	Planungskostenbeteiligung Baugebiet Gymnasium (90.000 € auf 5 Jahre)			18.000	18.000	18.000		
17.	Anpassung IT-Kooperationskosten			15.000	15.000	15.000		
18.	Turn- und Sportverein Beteiligung an den Kosten		20.000	20.000	20.000	20.000		
19.	Ganztagsangebote, Erhöhung des Kostendeckungsanteils		22.300	22.300	22.300	22.300		
20.	Erzielung Mieteinnahmen Kindergärten (3 x 21.000 €)			63.000	63.000	63.000		
21.	Reduzierung Unterhaltung Jugendtreff durch Umzug		6.200	24.800	24.800	24.800		
22.	Erhebung von Parkgebühren (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung aus 2010</i>)			86.300	86.300	86.300		damalige Berechnung siehe Anlage
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Erhöhung Hebesatz Hundesteuer auf 120 € ab 01.01.2013, d.h. 10 € über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012 je 1. Hund			7.500	7.500	7.500		
2.	Verpachtung Dachfläche Rathaus für eine Funkübertragungsanlage			3.500	3.500	3.500		
3.	Flächentausch Askanierhaus (4% von 6.700 €)		300	300	300	300		
4.	Beteiligung an den Unterhaltungskosten Sportplatz durch den Sportverein Schwarzenbek		500	1.000	1.000	1.000		
5.	Einzahlungen durch den Verkauf von Grundstücken (4 % 56.100 €)		2.200	2.200	2.200	2.200		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
6.	Veräußerung Hellerkamp (4 % von Veräußerungserlös 75.000 €)		3.000	3.000	3.000	3.000	
7.	Anhebung Grundsteuer A auf 370 % ab 01.01.2013 (d.h. 10% über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012)			200	200	200	
8.	Erhöhung Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			1.000	1.000	1.000	
9.	Erhöhung Essengelder Schulen		2.900	2.900	2.900	2.900	
	Zwischensumme I. der Spalten:	288.000	673.800	851.400	851.400	825.400	
Summe 2011 - 2015						3.490.000	
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben						
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung \geq 10 T€						
1.	Einsparung Bewirtschaftungskosten durch Umzug Centa-Wulf-Schule		41.000	41.000	41.000	41.000	
2.	Reduzierung Miete und Reinigung VHS			33.400	33.400	33.400	
3.	Vermietung der Kulturstätte "Amtsrichterhaus", Reduzierung der Unterhaltungskosten			47.400	47.400	47.400	
4.	Reduzierung der Aufwandsentschädigung ab 10.2012 (<i>wird durch das IM befürwortet, Gespräch vom 06.09.2012</i>)		7.500	25.000	25.000	25.000	
5.	Bauhof Rissesanierung/Straßenschäden kl. Umfanges, Hofbefestigung in Eigenregie	25.000	12.500	12.500	12.500	12.500	
6.	Reduzierung des Aufwandes für den Neujahrsempfang, Deckung der verbleibenden Aufwendungen durch Sponsoring		12.500	12.500	12.500	12.500	
7.	Reduzierung Lehr- und Unterrichtsmaterial		20.000	15.000	15.000	15.000	
8.	Einsparung Personalkosten Bücherei (Beschluss SoKA 06.08.12)			20.000	20.000	20.000	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
9.	Einsparung Personalkosten Wirtschaftsförderung (Nachweis im Stellenplan ist erforderlich)		42.000	42.000	42.000	42.000	
10.	Personalkosteneinsparungen durch Nicht-Wiederbesetzung (Nachweis im Stellenplan erforderlich)			38.300	38.300	38.300	
B) Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Reduzierung der Zuweisungen an Vereine/Verbände (<i>Anforderung des IM / Prüfungsbereich des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010</i>)	6.640	3.300	3.300	3.300	3.300	
2.	Tiefbauabtl. Eigenleistungen statt Ingenieurleistungen (ab 2012 Mittelwert)	18.400	9.200	9.200	9.200	9.200	
3.	Auszug Frauenhaus, anschließende Veräußerung des Gebäudes		9.700				siehe I.B. Nr. 6.
4.	Ausschreibung Versicherungen			7.500	7.500	7.500	
5.	Theater, Erhöhung Eintrittspreise (Beschluss vom 07.05.12 SoKA)		1.500	1.500	1.500	1.500	
6.	Hortkosten, Beteiligung ASB und Johanniter an den Betriebskosten		1.500				
7.	Kündigungen Mitgliedschaften / Abos		400	400	400	400	
8.	Softwarepflegekündigung			3.000	3.000	3.000	
	Zwischensumme II. der Spalten:	50.040	161.100	312.000	312.000	312.000	
						Summe 2011 - 2015	1.147.140
Gesamtsumme der Spalten I. und II.		338.040	834.900	1.163.400	1.163.400	1.137.400	
						Summe 2011 - 2015	4.637.140

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
C)	Vorschläge der Fraktionen						
1.	<p>Personalkosten über Kooperationen mit Umlandgemeinden, z. B. Standesamt, Meldeamt, evtl. Tätigkeiten in den Bauämtern [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Kooperationen werden bereits im Bereich EDV, Schulverband, in baulichen und abwasserrechtlichen Fragestellungen praktiziert. Dieses Thema wird regelmäßig auf Ebene der hauptamtlichen Bürgermeister und mit den Umlandgemeinden thematisiert.</p>			€	€	€	
2.	<p>Reduzierungen der Abteilungen sowie deren Führungskräfte (Grünflächenpflege, evtl. an Bürger abgeben, Blumenhändler, Winterdienst) [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf neue Anforderungen an die Verwaltung, wie z. B.: Energie- und Klimaschutzmanagement, Social Media, Fluktuation von Führungskräften (ehemaliger Wirtschaftsförderer) wird mit der neuen Organisationsstruktur, die im Haupt- und Planungsausschuss am 18.9.12 und dann in der Stadtverordnetenversammlung am 27.9.12, vorgestellt werden wird, reagiert.</p>			0	0	0	
3.	<p>Ausführungen von Arbeitsabläufen über IT-Systeme, Glasfaserverkabelung mit Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hier konnten in der Vergangenheit bereits in aktuellen Anforderungen entsprechend deutliche Verbesserungen der Arbeitsabläufe realisiert werden. Zum Thema Glasfaserverkabelung besteht auch im Rahmen der IT Kooperation Kontakt mit dem Amt Schwarzenbek Land. Regelmäßige Gespräche, enge Vernetzung und zukünftige Entwicklung sind dadurch gewährleistet.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
4.	Personalkosten senken [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8., 9. 10.
5.	Prioritätenliste Dienstleistungen, Aufgaben. Hohe Dringlichkeit, nachgeordnete Dringlichkeit daraus das notwendige Personal ableiten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
6.	Unerhebliche Dienstleistungen kostenneutral vorhalten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
7.	Lizenzgebühren Open Source Programme verringern [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt hat Lizenzen gespendet bekommen, einzelne Programme laufen nur in Verbindung mit den eingesetzten Programmen, der Schulungsaufwand für "Fremde" Programme ist erheblich</i>			0	0	0	
8.	Frequenz der Reinigungsarbeiten jeglicher Art reduzieren (außer öffentliche Toiletten) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Reinigung des Rathauses kostet tgl. 91 €, die der Grund- und Gemeinschaftsschule 450 €. Durch Reduzierung der Intervalle kann der dann entstehende Reinigungsaufwand zunehmen und die Kosten dadurch steigen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Idee, dass der Reinigungsumfang des Gymnasiums vertraglich geregelt ist und hier kein unmittelbarer Einfluss auf die Reinigungsintervalle genommen werden kann. Sollten bei anderen Schulen Reinigungsintervalle geändert werden, hätte dies die Differenzierung schulischer Bereiche zur Folge.</i>			€	€	€	
9.	Öffnung Stadtbücherei evtl. um die Mittagszeit reduzieren [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: die Bücherei hat ein neues Konzept im Zusammenhang mit Personal und Öffnungszeiten entwickelt, welches bereits unmittelbar nach der Sommerpause im Sozial- und Kulturausschuss thematisiert worden ist.</i>						
10.	Bauhof Aufgabenreduzierung [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Bei externen Vergaben entstehen Aufwand durch Ausschreibungen und Aufwand in der Ergebnisrechnung. Gleichzeitig kann dieses Thema im zuständigen Ausschuss mit einer detaillierten Übersicht der bisher wahrgenommenen Aufgaben thematisiert werden.</i>			0	0	0	
11.	städtischer Schriftverkehr per E- Mail [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt; siehe auch C. Nr. 13</i>			0	0	0	
12.	Einwohnerinitiativen für öffentliche Grünflächen unterstützen, ansonsten ggf. einebnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Bereits zum jetzigen Zeitpunkt findet eine Unterstützung der entsprechenden Initiativen statt. Hinweise, Beratungen, Einwerben von Spenden, etc. spielen hierbei ebenfalls eine Rolle.</i>			€	€	€	
13.	Städtischer Schriftverkehr in E-Mail Form (Portoeinsparung z. B. Benachrichtigung Personalausweis) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
14.	Stromkosten senken (Wettbewerb in den Schulen mit Belohnung) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Derartige Wettbewerbe wurden bereits in der Vergangenheit mit Erfolg in den Schulen durchgeführt. Mit dem neuen Energie- und Klimaschutzkonzept wird das Thema Stromkostensenkung auch wieder stärker in den Fokus gerückt.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
15.	Aufwendungen im EDV-Bereich (Fortbildung) auf 65% senken [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>hier werden die Kosten nicht nur für die IT-Abt. sondern für die gesamte Verwaltung dargestellt</i>			0	0	0	
16.	Einsparungen Zuschüsse nichtstädtischer Einrichtungen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Zuschüsse an einzelne Institutionen sind differenziert zu betrachten. So ist die Anbindung der Kreismusikschule eine andere als z. B. der Drogenberatung. D.h., die unmittelbare zeitliche Wirkung ist differenziert zu betrachten. Tatsächlich besteht aber durchaus die Möglichkeit, im Bereich der sog. Freiwilligen-Leistung entsprechende Kürzung bis hin zur kompletten Streichung von Zuschüssen vorzunehmen. Bei der Gewährung von Zuschüssen für die Kreismusikschule sind beispielsweise vertragliche Regelungen zu beachten.</i>			€	€	€	
17.	Ehrungen älterer Mitbürger (Altersgrenze) [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Verwaltungsseitig wurde bereits vor längerer Zeit der Vorschlag gemacht, die Altersgrenze für Ehrungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung von 80 auf 90 Jahre anzuheben. Tatsächlich bestand vielmehr der politische Wunsch Bedürfnis, auch Zuwendungen an "junge Erdenbürger" auszukehren. Für 2011 wurden im Rahmen der Alters- und Ehejubiläen rd. 1800 € ausgezahlt. Der Haushaltsansatz für den Bürgervorsteher beträgt 600 €, für Ehrengeschenke 600 €, der Fonds für besondere Anlässe 4.000 €. <u>Betreuung bejahrter Bürger 5.400 €</u></p>						
18.	<p>Verbrüderung (Vereinsarbeit, Haushaltsansatz in Frage stellen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der auf ehrenamtlichem Engagement beruhende Verein "Jumelage" befindet sich in Gründung. Um das Identitätsmerkmal Verbrüderung nicht zu gefährden und auch das ehrenamtliche Engagement in dem Zusammenhang nicht zu konterkarieren, sollte der Haushaltsansatz nicht komplett gekürzt werden. Nachzudenken ist auch, insbesondere vor dem Hintergrund des großen Verbrüderungstreffens im Jahre 2015 in Schwarzenbek über eine entsprechende Ausfallbürgschaft für diese Veranstaltung in 2015. Für 2015 sind im Plan 29.600 € vorgesehen, für 2012 7.600 €</p>			€	€	€	
19.	<p>Bürgerinfo nur noch als PDF-Datei (ev. einige Exemplare im Rathaus auslegen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Information wird über Werbung finanziert. Der Stadt entstehen keine Kosten.</p>			0	0	0	
20.	<p>Abbau von Spielplätzen, evtl. nicht mehr erforderlich (Prüfauftrag) [Vorschlag der SPD]</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Dieser Vorschlag wird in den zuständigen Ausschüssen zu beraten sein.</i>						
21.	Kommunaler Liquiditätsverbund [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Hier wäre der Konsolidierungsvorschlag zu konkretisieren. Sollte gemeint sein, dass z. B. Kassenkredite durch kommunale Gebietskörperschaften gemeinsam zu bewirtschaften wären, wäre in diesem Zusammenhang eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bzw. des Landes Schleswig-Holstein erforderlich. Es ist aber davon auszugehen, dass diese "Bankgeschäfte" keine kommunalrechtliche Genehmigung erhalten würden.</i>			0	0	0	
22.	Kreisumlage kürzen , Kürzungen des Kreises gegenrechnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Eine Möglichkeit, die Kreisumlage zu kürzen, wird mangels Rechtsgrundlage nicht gesehen. Tatsächlich müsste der Bürgermeister diesem Anliegen widersprechen. Faktisch kann die Kreisumlage nur durch politische Beschlüsse des Kreistages erfolgen, d. h., hier sind insbesondere die politischen Vertreter der Kreistagsfraktion gefordert. Ob hierzu entsprechende Mehrheitsbeschlüsse im Kreistag erfolgen, erscheint zunächst zumindest fragwürdig.</i>			0	0	0	
23.	Straßenbeleuchtung mit dem Ziele der Einsparungen [Vorschlag der SPD]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Dieses Thema wurde mehrfach im Bauausschuss (u.a. 02.02.2012) aufgegriffen. Der städtische Kostenanteil ist in dem Zusammenhang als nicht unerheblich zu beziffern, so dass tatsächliche Einspareffekte erst nach einem längeren Amortisationszeitraum gewährleistet wären. Da hierfür entsprechende Investitionen notwendig wären und diese nach aktueller Haushaltslage nur durch Kredite zu finanzieren wären, erscheint die kommunalaufsichtliche Genehmigung in dem Zusammenhang zumindest fragwürdig. Zumindes müsste im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Vorteilhaftigkeit der Investitionen nachweisbar sein.</p>						siehe auch Stellungnahme zu C Nr. 79
24.	<p>Blockheizkraftanlagen [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Im Rahmen des Klimaschutzprojektes wurde der Ersatz von zentralen Heizungsanlagen (ehemalige Realschule, Verbandsschule) erörtert. Es ist ein Auftrag für eine Studie, die wirtschaftlichste Energieform zu finden, erteilt worden.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
25.	<p>Brückenbeleuchtung [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Brücke ist mit energiesparenden NAV-Leuchten ausgestattet. Der Abstand der einzelnen Leuchten steht in Abhängigkeit mit der Schattenbildung der Beleuchtungskörper. Der Abstand ist für eine gleichmäßige Ausleuchtung erforderlich. siehe Hinweis darüber hinaus auch Zeile C Nr. 79. und 23.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
26.	Dividendenzahlung Stadtwerke [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die wahrscheinlich gemeinte Gewinnausschüttung der Stadtwerke unterliegt gesetzlichen Bestimmungen und den Beschlüssen des Aufsichtsrates. Die Stadtwerke erwirtschaften keinen ausreichenden Gewinn. Um den Mindestgewinn auszuweisen wurde für das Jahr 2012 Verpflichtungen vorgetragen.</i>			€	€	€	
27.	Kleingartenpacht erhöhen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Erhöhung war bereits Thema in den Ausschüssen, die Pachtzahlungen werden auf Wunsch noch einmal thematisiert</i>			€	€	€	
28.	Vermietung städtischer Räume zu attraktiven Preisen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Richtlinien und Satzungen liegen vor, Einnahmen werden erzielt</i>			€	€	€	
29.	Bauhoffahrzeuge ev. vermieten [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>hiervon wird verwaltungsseitig auch aus versicherungstechnischen Anforderungen abgeraten</i>			0	0	0	
30.	Kommunallotterie, 50% Stadt. 50%Ausschüttung [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
31.	Fördertöpfe [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Die angestrebte Verwaltungsstruktur, die zum 1.10.2012 umgesetzt werden sollte, sieht auch die verstärkte Auseinandersetzung mit der Zuschusseinwerbung von EU-, Bundes- und Landesmitteln vor. Tatsächlich konnten nur für nichtstädtische Projekte in Schwarzenbek im Rahmen der Aktivregion Sachsenwald Elbe bereits erhebliche Mittel eingeworben werden.</i>						
32.	Netzentgelte [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Konzessionsverträge bestehen, Abgaben werden vereinnahmt</i>			0	0	0	
33.	Weihnachtliche Beleuchtung Rathausfenster Dekoration im Rathaus [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Einsparungspotential kann nicht beziffert werden, Umsetzung grundsätzlich möglich.</i>			0	0	0	
34.	Stadtrundfahrt Senioren [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: die Stadtrundfahrt wurde im Rahmen der Haushaltsberatung 2012 ausdrücklich erwünscht, die Fahrt verursacht Kosten von ca. 400 €</i>			400	400	400	
35.	Repräsentationskosten kürzen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: siehe Ausführungen zu C Nr. 17.</i>			€	€	€	
36.	Weihnachtshilfswerk völlige Orga. durch Wohlfahrtsverbände [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: bitte an die Verbände kommunizieren</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
37.	Erbpacht [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bestehende Verträge werden laufend überprüft und im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten fortlaufend erhöht.</i>			0	0	0	
38.	Zusammenlegung der Grundschule Nordost und der Grundschule (Comeschule) unter einer Schulleitung [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ggf. organisatorische Verbesserung, zunächst ohne finanzielle Verbesserung</i>			0	0	0	
39.	Einrichten von Hortplätzen alternativ feste Grundschulzeiten [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Elternbeitrag wurde von 85 € auf 100 € erhöht, die Sozialstaffelregelung ist entfallen (Beschluss vom 07.06.2012 StVV)</i>			0	0	0	siehe I. A. Nr. 19.
40.	Bewirtschaftung der Park- und Ride Plätze am Bahnhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>durchführbar; lt. Beschlussvorlage vom 29.09.2011- siehe Anlage- besteht bereits im ersten Betriebsjahr die Möglichkeit, höhere Erträge als Aufwendungen zu erwirtschaften. Die vorhandene Kalkulation wird zur Verfügung gestellt, bei Bedarf wird diese überarbeitet und aktualisiert.</i>			35.000	35.000	35.000	siehe I. A. Nr. 25.
41.	Umzug der VHS, z.B. in die Verbandsschule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Durch den Einzug der Centa-Wulf-Schule gibt es z.Zt. keine freien räumlichen Kapazitäten. Aber im Übrigen wird der Umzug geprüft. Begehungen fanden bereits statt.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 2.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
42.	Reduzierung der Aufgaben (Vergabe) und des Personals am Bauhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Eine Auftragsvergabe an Dritte setzt ein Vergabeverfahren voraus. Dieses ist von städtischen Mitarbeitern oder auch Dritte durchzuführen. Beide Varianten verursachen Kosten; bei externer Vergabe belasten die eingehenden Rechnungen die Ergebnisrechnung im Aufwand.			0	0	0	
43.	Vergabe von Pflegearbeiten (Bauhof) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> siehe Stellungnahme zu C Nr. 42.			0	0	0	
44.	Kostendeckender Kartenverkauf bei der Kleinen Bühne [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Der Zuschuss für die Theaterveranstaltungen betragen nach Preiserhöhung 7.000 €			€	€	€	siehe II. B. Nr. 5.
45.	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (Vergabe an private Anbieter) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Straßenbeleuchtung wurde bereits in den Ausschüssen beraten. Den Vorschlag der Vergabe an private Anbieter bitte konkretisieren.			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
46.	Solaranlagen auf städtischen Dächern [Vorschlag der CDU]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Eine Anlage ist durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Die Einspeisevergütung wurde geändert, eine Prognose über die Amortisation wird erst nach konkreter Ermittlung der Dachflächen, Ausrichtung der Anlage, Einwirkungen der Sonneneinstrahlung etc. möglich sein.</i>						
47.	Umzug der Centa Wulf Schule, ggf. Kooperation mit Mölln prüfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Umzug der Centa-Wulf-Schule ist vollzogen. Eine Kooperation mit der Schule in Mölln hätte organisatorische Auswirkung aber zunächst keine finanziellen Verbesserungen.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 1.
48.	Verkauf Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verkauf zum Restwert von 684.509,76 € können 4 % des Verkaufserlöses in Ansatz gebracht werden (17.000 €).</i>			€	€	€	
49.	Verpachtung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verpachtung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 63.475,00 €. Gespräche mit einem möglichen Pächter haben selbst einen Preis von 3,50 €/m² nicht zu erzielen vermocht.</i>			€	€	€	
50.	Vermietung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU]						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Bei Vermietung der Dachgeschosswohnung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 5.019,70 €. Es war bisher nicht möglich, die Wohnung zu vermieten. Dies lässt es zumindest zweifelhaft erscheinen, dass eine Vermietung der Wohnung auch aufgrund des Zuschnittes tatsächlich möglich ist. Ferner ist die Nutzung des Objekt durch Vermietung der Wohnung eingeschränkt. Die Nutzung des Amtsrichterhauses ist vorrangig zu klären.						
51.	Amtsrichterhaus: Kooperation mit dem Betreiber altes Amtsgericht / Gefängnis [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Der Vorschlag wird aufgegriffen, Gespräche sind zugegebener Zeit zu führen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird zunächst die Fertigstellung des alten Amtsgerichts angestrebt, bevor weitere Aktivitäten aufgenommen werden.			€	€	€	
52.	Personaleinsparungen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Wird im Einzelfall immer geprüft			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
53.	Besetzungssperre für freigewordene Stellen (Anzahl) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Wird im Einzelfall immer geprüft			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
54.	Auflistung der nicht gesetzlich begründeten Aufgabenbereiche / Stellen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Umfangreiche Überprüfung der Stellen läuft			€	€	€	
55.	Verkauf der Realschule [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Pavillon wird zur Zeit genutzt, Fragen zur Heizungsanlage sind noch nicht gelöst, könnten aber im Rahmen des Energie- und Klimaschutzes aufgenommen werden. Der Wert des Grundstücks / Gebäudes beziffert sich in der Anlagenbuchhaltung auf 1.201.879 €, 4% hiervon sind ca. 48.000 €. Auch aufgrund der Situation betreffend der Veräußerung von Markt 6 und 8 kann wohl behauptet werden, dass dieser Wert bei der derzeitigen Marktlage keinen realistischen Ansatz zur Veräußerung darstellt.</p>						*) siehe Stellungnahme der Verwaltung
56.	<p>Stadtbücherei: Aufgabenerledigung über Schulen prüfen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Realisierung ist aufgrund der personellen und räumlichen Situation zurzeit nicht umsetzbar.</p>			0	0	0	
57.	<p>Stadtbücherei: Privatisierung prüfen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich denkbar ist ein Trägerschaftswechsel, künftig z. B. durch einen Büchereiverein sowie die Ausstattung durch Ehrenamtliche. Bitte Beschluss im SoKa zur Prüfung herbeiführen.</p>			€	€	€	
58.	<p>Stadtbücherei: Auf jeden Fall Reduzierung der Öffnungszeiten, um mindestens eine Stelle einzusparen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> bereits umgesetzt</p>						siehe II. A. Nr. 8.
59.	<p>Einstellung der Schulsozialarbeit und Personalfreisetzung [Vorschlag der CDU]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Für die Schulsozialarbeit erhält die Stadt einen Zuschuss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von derzeit rund 59.000 €, welcher noch für das Jahr 2013 gezahlt wird. Es besteht eher weiterer Bedarf, so die Fachpraktiker und Sachverständigen. Die Schulsozialarbeiterin hat in den politischen Gremien über ihre Arbeit berichtet und die Notwendigkeit erläutert. Dabei wurde vorgestellt, dass der heutige Bedarf nicht abgedeckt wird und durch die erfolgreiche (Präventions-)Arbeit auch Folgeschäden verhindert werden können.</p>						
60.	<p>Mensabetrieb an den Schulen auf Kosten / Notwendigkeit prüfen; evtl. Einstellung kpl. oder teilweise [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich eingeschränkt möglich, eine Preisanpassung wurde zwischenzeitlich vorgenommen (SoKA vom 07.05.12)</p>						siehe I. B. Nr. 9.
61.	<p>Einsparung von mindestens einer Person bei der Anzahl der Hausmeister [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hausmeistersystem wird derzeit überarbeitet und das Ergebnis von der Verwaltung im Jahr 2013 vorgestellt. Durch die geänderte Nutzung einzelner Gebäude könnte die Einsparung eine Stelle (ca. 50.000 €) dem Grunde nach möglich sein. Dennoch rät die Verwaltung dringend davon ab, Kapazitäten zu reduzieren. Die Reduzierung hätte zur Folge, dass eine Vielzahl von Veranstaltungen abgesagt, Öffnungszeiten reduziert und weniger Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten.</p>			€	€	€	
62.	<p>Poolbildung für alle Hausmeistertätigkeiten und Einsatzsteuerung über den Pool [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe C Nr. 61.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
63.	<p>Feuerwehr-Gerätewart als hauptamtliche Festeinstellung einsparen, Erledigung wie früher über das Ehrenamt planen und erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>möglich: bei Wegfall der Personalkosten würden sich die Feuerwehrgebühren verringern; der Aufwand könnte sich erhöhen, da evtl. mehr Reparaturen in Auftrag gegeben werden müssen; Pflege des Außengeländes und Hausmeisterdienste müssen vergeben oder von anderen übernommen werden</i></p>			€	€	€	
64.	<p>Stadtarchivar nicht mehr vorhalten und Austritt aus der Archivgemeinschaft (kein Ersatz), Archivierung wie früher erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Verzicht auf eine Archivierung ist nach den Bestimmungen des Landesarchivgesetz SH nicht möglich. Danach nehmen Gemeinden dieses Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Durch die Mitgliedschaft der Stadt in der Archivgemeinschaft hat die Stadt eine kostengünstige Lösung für die se Aufgabe gewählt, ferner konnten die Kosten durch die Neubesetzung weiter reduziert (für die Mitgliedschaft z.Zt. ca. 20.000 €) werden. Darüber hinaus wurde auf der Tagung der Hauptverwaltungsbeamten im Jahr 2011 die Variante der Archivgemeinschaft ausdrücklich von Vertretern des Landesrechnungshofes gelobt.</i></p>			0	0	0	
65.	<p>Eine Gleichstellungsbeauftragte für die städtische Verwaltung ist heute nicht mehr erforderlich, da der Anteil der Frauen auf jeder Ebene übererfüllt ist. Die Stelle ist aufzulösen [Vorschlag der CDU]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> ab 15.000 Einwohner ist eine Gleichstellungsbeauftragte verpflichtend. GB ist nicht nur für MA des Rathauses Ansprechpartner. Beschluss für hauptamtliche GB StVV vom 27.03.2009 mit 20 Ja und 2 Nein Stimmen.						
66.	Im Bauamt ist 1 Person einzusparen, da die Aufgabenfülle nicht mehr zu erwarten ist, es muss auch nicht alles, was geprüft vorgelegt wird, erneut überprüft werden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Reduzierung hat schon stattgefunden, eine Stelle ist zur Zeit nicht besetzt.			0	0	0	
67.	Standesamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diese Angelegenheit wurde bereits überprüft; eine Kooperation ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Tatsächlich findet eine Zusammenarbeit gegen Kostenerstattung statt.			0	0	0	
68.	Meldeamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe Anmerkung zum Standesamt unter C Nr. 67.; in diesem Bereich findet noch kein Austausch bzw. Unterstützung statt			0	0	0	
69.	Empfang im Eingangsbäude Rathaus auflösen: die Beschilderung zur Orientierung ist evtl. zu ergänzen [Vorschlag der CDU]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Zentrale bedient schätzungsweise 50 % aller Bürgeranliegen, die anderenfalls in den Fachabteilungen bearbeitet werden müssten. Unsere Kunden müssten mit jeder kleinen Anfrage oder Bitte in die Büros, was die Arbeitsgänge deutlich verlangsamten würde. Die Kolleginnen und Kollegen der Zentrale haben eine Reihe weiterer Verwaltungsaufgaben, die von dort erledigt werden.						
70.	Benutzungsgebühren überarbeiten / neu kalkulieren und bei Inanspruchnahme auch konsequent durchsetzen / anwenden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich sind ein Teil von Gebühren nach dem KAG zu kalkulieren. Dieser Aufgabe kommt die Stadt nach. Ein weiterer Teil wird vom Landesrecht festgesetzt, hierauf hat die Stadt keinen Einfluss. Z.B. schöpft der FB 1 Gebührenmöglichkeiten aus; Sondernutzung könnten nach Möglichkeit durch Verpachtung ersetzt werden;			€	€	€	
71.	Eingangspost über Vorzimmer BM öffnen und zur weiteren Bearbeitung - nach Prüfung - verteilen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bearbeitungsverzögerungen würden entstehen			0	0	0	
72.	Eigenbetrieb Abwasser ausgliedern in die Stadtwerke GmbH, dadurch Synergieeffekte nutzen und die Geschäftsführung reduzieren (nur 1 GF und je 1 Leiter der kaufm. und techn. Leitung erforderlich) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der AR der Stadtwerke hat von dieser Idee aus rechtlichen Gründen Abstand genommen.			0	0	0	
73.	Bürgerservice sinnvoll ausbauen, dafür Personalreduzierungen in den Fachabteilungen durchsetzen [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Fachlich nur in wenigen Teilbereichen möglich. Wird überprüft.; evtl. räumliche und bauliche Hindernisse</i>						
74.	Verwaltungsseitige Teilnahme an Sitzungen auf eine Person reduzieren, diese muss sich sachkundig informieren, um über die TOP der Sitzung Auskunft geben zu können (Ziel ist der Abbau von Mehrstunden) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Vorschlag der Verwaltung: Der Ausschuss Vorsitzende lädt den gewünschten Ansprechpartner der Verwaltung termingerecht ein.</i>			0	0	0	
75.	Verkauf ehem. Frauenhaus vor dem Herbst 2012, da keinerlei U-/Bewirtschaftungskosten mehr anfallen dürfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Verkauf ist für 2012 geplant.</i>						siehe B I. Nr. 6.
76.	Reduzierung der im Verhältnis hohen Fehlzeiten durch Krankheit um 1,5 % - Punkte; auch mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten!!! [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Viele kostenlose Möglichkeiten wie z. B. intensive Betreuung durch Führung und Personalamt. eingeführt. Sollten Sie andere "Möglichkeiten" meinen, bitte definieren</i>			0	0	0	
77.	Verhandlungen mit der Gemeinde Grabau aufnehmen über die zukünftige Beteiligung an der neu zu gliedernden Schule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Schullastenanteil für Grabau liegt abgängig von der Schülerzahl bei zur Zeit ca. 19.000 €</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
78.	<p>Ausschaltung sämtlicher Ampeln im Stadtgebiet von 20:00 Uhr bis 05:00 Uhr; es gilt die StVO; die Verkehrsteilnehmer werden es danken!!! [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diese und andere Möglichkeiten werden bereits überprüft. Grundsätzlich besteht Verkehrssicherungspflichten, die nicht außer Acht gelassen werden können.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutz werden.
79.	<p>Ausschaltung mit System für sämtliche öffentliche Beleuchtungen (incl. Straßenbeleuchtung) ausarbeiten und einführen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der BA hat sich mit dem Thema mehrfach befasst. Die Gütemerkmale für die Straßenbeleuchtung sind in der europäischen Norm DIN EN 13201 "Straßenbeleuchtung" festgelegt. Mit dieser Norm wird der Grundsatz verfolgt, dass die Qualität der Straßenbeleuchtung umso höher sein muss, je höher das Sicherheitsrisiko für die Verkehrsteilnehmer ist. Die Gütemerkmale der Beleuchtung werden auch u.a. bestimmt von der Verkehrsstärke, Begegnung von Fußgängerkehr und ruhendem Verkehr. Abgesehen von diesen objektiven Gütemerkmalen spielt bei Bürgern ein nicht zu vernachlässigendes subjektives Sicherheitsempfinden hinsichtlich Beleuchtung eine Rolle.</p>			€	€	€	siehe Hinweis zu C Nr. 78. siehe Hinweis zu C Nr. 23.
80.	<p>Austritt der Stadt bei der Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Austritt ist nicht möglich. Die Stadt hat nach § 114 SchulG als Schulträger die Kosten der Schülerbeförderung zu tragen.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
81.	Prüfung zur Einführung einer jährlichen, freiwilligen Feuerwehr-Abgabe (in Bayern z.B. sind die Feuerwehren Vereine und jeder Erwachsene ist zu einer jährlichen Abgabe zwangsverpflichtet) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine derartige Abgabe wird lt. Auskunft des IM in SH von keiner Kommune in SH erhoben. Eine schriftliche Anfrage zur Klärung wurde beim IM von Seiten der Verwaltung gestellt.</i>			0	0	0	
82.	Private Beteiligung an öffentlichen Einrichtungen prüfen; unter festen Renditegesichtspunkten (z.B. maximal 2 % Rendite) ohne persönliche Einflussnahme (z.B. Stadtwerke, Eigenbetrieb Abwasser oder entsprechendes) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die vorgeschlagene Rendite liegt unterhalb der aktuellen Inflationsrate, daher dürfte sie für wenige interessant sein.</i>			0	0	0	
83.	Antragstellung bei dem Innenministerium Schleswig-Holstein auf Fortschreibung der Landesplanung und Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum [Vorschlag der FWS] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum ist durchaus wünschenswert und vom Bürgermeister letztmalig bei IM am 06.09.2012 thematisiert worden. Im IM fand diese Anregung leider nicht die erwünschte Resonanz. Ob und wann das Innenministerium im Zuge der Fortschreibung der Landesplanung die Stadt Schwarzenbek tatsächlich als Mittelzentrum ausweist, kann von hier nicht beurteilt werden. Die letzte Fortschreibung der Landesplanung erfolgte im Kalenderjahr 2010; diese dient als Grundlage für die räumliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2025. Insoweit ist eine zeitnahe Ausweisung der Stadt als Mittelzentrum nicht zu erwarten.</i>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
84.	Vermarktung der Namensrechte für städtische Sporthallen [Vorschlag der FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Hier wurden /werden bereits Gespräche geführt. Über erste Ergebnisse hatte der Bürgermeister in den politischen Gremien berichtet.</i>						
85.	Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Stadtgebiet [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>siehe hierzu C Nr. 135.</i>						
86.	Kein weiterer Ausweis von Baugebieten [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Ausweisung von Baugebieten liegt in der Verantwortlichkeit der politischen Gremien der Stadt Schwarzenbek.</i>						
87.	Ausweisung von Nutzungsflächen für Windkraftanlagen vom Innenministerium [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Antrag wurde zurückgezogen. Darüber hinaus ist eine Ausweisung von Flächen wegen fehlender Windgeschwindigkeit und vorgeschriebenen Mindestabstandsflächen zur Wohnbebauung nicht möglich (siehe HAPI 15.11.11 TOP 7 und 19.06.12 TOP 5 - Teilfortschreibung der Regionalpläne).</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
88.	Gründung einer solaren Betreibergesellschaft in Schwarzenbek für eine solare Nutzung von städteigenen Dachflächen zu initiieren [Vorschlag der FDP]			€	€	€	Diese Themen (C Nr. 88. - 90.) können im Rahmen des Energie- und Klimaschutz- konzeptes aufgegriffen werden.
89.	Mögliche Investitionen in eine solaren Betreibergesellschaft [Vorschlag der FDP]						siehe Hinweis zu C Nr. 88.
90.	Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf städteigenen Gebäuden sind durchzuführen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. Nr. 88.- 90. siehe C Nr. 46 der Aufstellung. Die Anträge "Solare Betreibergesellschaft" und "Solare Investitionen" werden von der StVV am 07.06.2012 in den HAPI verwiesen.						
91.	Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. C Nr. 91. wurde der Antrag auf Bitten der FDP-Fraktion in der StVV 07.06.2012 den Bauausschuss verwiesen.						siehe Hinweis zu C Nr. 88.
	<i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> Der Antrag wurde in der StVV am 07.06.2012 an den Haupt- und Planungsausschuss verwiesen.						
92.	Erstellung eines Businessplans für die Schwarzenbek Marketing GmbH sowie Aufnahme der Innenstadtplanung durch die Verwaltung oder die Schwarzenbek Marketing GmbH [Vorschlag der FDP]						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
93.	Keine Verlängerung von Zeitverträgen / Keine Neueinstellungen ohne Zustimmung HA [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das kann im Einzelfall großen Schaden anrichten und ganze Abteilungen zum Erliegen bringen. Wenn es Sinn macht, werden Verträge natürlich auch nicht verlängert.</i>			0	0	0	
94.	Stadtwerte ausbauen: Wasser / Abwasser / Bauhof / Energie / Gebäude / Grundstücke / Abwasser / Internet - auch Bewirtschaftung inkl. Reinigung und Hausmeister etc. Kooperation mit anderen Stadtwerten (Geesthacht) [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Abwasserversorgung ist aus gesetzlichen Gründen in öffentlicher Hand zu belassen.</i> <i>Siehe hierzu auch die Antwort der Verwaltung zur StVV vom 27.09.12.</i>			0	0	0	
95.	Die Versorgung - Wasser / Gas / Strom (Leitungen und Netze) muss wieder in die öffentliche Hand. Flächen für erneuerbare Energien nutzen (Bürgergenossenschaft?) [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
96.	Der Bereich soll zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Aufsichtsrat durch die STVV zu wählen. Beteiligungen anderer öffentlicher Träger möglich. [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	
97.	Gründung eines Energieausschusses (wie Geesthacht) um ein Energiekonzept zu erarbeiten und um die Umsetzung zu begleiten. [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ein zusätzlicher Ausschuss verursacht Kosten.</i>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
98.	Vermarktung von ungenutzten Immobilien (Realschule / Markt 6 u. 8 / Bauhof etc. [Vorschlag der "Grünen"] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Vertragsverhandlungen für den Bauhof sind abgeschlossen, Markt 6 und 8 stehen zum Verkauf, auch hier werden Gespräche geführt, Konzept/ Nutzung Realschule muss entschieden werden</i>			€	€	€	siehe I. 1 A 11., 12, 22.
99.	Die Stadt Schwarzenbek könnte Geld sparen, indem sie die seit Jahren leerstehende ehemalige Realschule sinnvoll nutzt. So könnte man auch durch Vermietung einzelner Gebäudeteile Einnahmen verzeichnen. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Zurzeit wird über die Nutzung des ehemalige Realschulgebäude beraten. Hierbei werden verschiedene Möglichkeiten betrachtet, z.B. das Gebäude zunächst in begrenztem Umfang weiter zu nutzen, aufzugeben oder zu veräußern. Ausschlaggebend werden die zu erwartenden Kosten bzw. Einsparungen sein. Der Vorschlag kann dahingehend erweitert werden, dass das Gebäude insgesamt veräußert wird. So würden neben der einmaligen Einnahme auch die sich im sechsstelligen Bereich befindlichen Unterhaltskosten entfallen.</i>			€	€	€	siehe C Nr. 55. und 98.
100.	Wie bereits im letzten Jahr von mir angemerkt, die Wasseruhrenstände nicht mehr durch kostenpflichtige Ableser/innen ermittelt. Stattdessen könnte man wie schon seit Jahren praktiziert eine entspr. Bekanntmachung in den Tageszeitungen veröffentlichen, bis wann die Wasseruhrenstände telefonisch, per Fax, E-Mail o.ä. von den Verbrauchern an die Stadt gegeben werden müssen. Die dann noch fehlenden Angaben könnte man immer noch den Ableser/innen übermitteln. Somit würde man hier Personalkosten einsparen. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ablesekosten belasten nicht den Städtischen Haushalt, weil die Wasserversorgung durch die Stadtwerken erfolgt. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit Zählerstände von den Verbrauchern ablesen zu lassen, jedoch ist hierbei zu bedenken, dass bei Selbstablesung erfahrungsgemäß eine höhere Fehlerquote bei der Ermittlung des Wasserzählerstandes vorlag.</p>						
101.	<p>Ich schlage eine Katzensteuer vor (100€ für nachweislich kastrierte/sterilisierte Katzen, 200€ für alle anderen), damit wäre a) ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, b) ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Tierhaltern und c) ein Beitrag gegen unkontrollierte Vermehrung und überlaufende Tierheime getan! [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Katzensteuer ist in vielen Gemeinden bereits erörtert worden. Bisher ist jedoch keine Gemeinde bekannt, die eine Katzensteuer erhebt. Das Vorhaben der Einführung einer Katzensteuer bedarf eines Genehmigungsverfahrens und bedeutet einen hohen Verwaltungsaufwand für die Erhebung. Der Nachweis von Katzen ist recht schwierig. Es ist auch zu befürchten, dass infolge einer Steuer immer mehr Katzen ausgesetzt werden könnten, die Kosten für das Tierheim steigen und die Katzenpopulation rasant ansteigen würde.</p>			0	0	0	
102.	<p>Ich schlage vor, alle Vorschläge zu veröffentlichen (auch abgelehnte mit Ablehnungsgründen) weil nach deren Studium der eine oder andere Bürger durch Änderungen oder Ergänzungen einem Vorschlag mehr Dynamik oder neues Leben einhauchen könnte. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> wird gemacht</p>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
103.	Sehr geehrte Damen und Herren, also mein Vorschlag wäre ähnlich wie in Hamburg eine Gebühr für den Bürgerservice. An- und Ummeldungen, Personalausweis Beantragung sind in Hamburg gebührenpflichtig. Warum nicht auch in Schwarzenbek. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Gebühren im Einwohnerwesen sind landesrechtlich geregelt. Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren ist daher nicht möglich.</i>			0	0	0	
104.	Da die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder (noch) nicht am Hungertuche nagen, wäre es denkbar, auf die üppigen Sitzungsgelder, die z.T. auch für nur kurzzeitige Teilnahme voll gezahlt werden, zu verzichten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, auch bei nur teilweiser Teilnahme oder bei kurzen Sitzungen, ist nach aktueller Rechtsprechung nicht zulässig. Möglich ist nur eine Absenkung der Höhe der Entschädigungen.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
105.	Und: brauchen wir wirklich alle 122 Stellen des Stellenplans ? [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bei jeder Nachbesetzung wird geprüft, ob die Aufgaben nicht anderweitig erledigt werden können. Zurzeit prüfen wir, welche Aufgaben aus rechtlichen Gründen zwingend erledigt werden müssen und welche verzichtbar sind. Sollte sich ein Stellenüberhang ergeben, wird es Reduzierung geben.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
106.	Jegliche Zuschüsse an den Verein SiWa. Ich finde es sehr gut, dass der See bewacht wird, aber die Rettungsschwimmer bekommen einen richtig hohen Stundenlohn dafür, dass hat nichts mit Ehrenamtlichkeit wie in der Feuerwehr zu tun, und der Verein behauptet sie wären ehrenamtlich. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wird zurzeit kein Zuschuss bewilligt.</i>						
107.	Nachdem Verdi für die Kommunen erfolgreich ein Stellenabbauprogramm durchgesetzt hat, wird der Stadt zur Konsolidierung des Haushaltes wohl nur die Reduzierung der Personalkosten verbleiben. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Haushalt ist allein durch die Reduzierung der Personalkosten nicht zu sanieren. Im Übrigen siehe C Nr. 105.</i>						siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
108.	Die Stadt hat so ziemlich alle freiwilligen Leistungen gekürzt; insbesondere auch im Sport. Schon lange war es mir ein Dorn im Auge, dass Straßen von der Stadt "freiwillig" gereinigt werden. Als ein Beispiel kann ich die Lauenburger Straße anführen; insbesondere den Geh- und Radweg. Nach der Satzung ist dies allein Aufgabe der Anlieger. Seit 2007 versuche ich zu ergründen, warum Jahr für Jahr der Bauhof diese Aufgaben im Winter für die Anlieger übernimmt; auch in diesem Jahr. Aber wenn keine Antwort kommt, kommt auch keine Nachfrage. Ist zwar nicht ideal, aber was soll's. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es trifft zu, dass auch im Sportbereich freiwillige Leistungen gekürzt wurden. Die Kosten die Bewirtschaftung und Unterhaltung des Sportplatzes Schützenallee und der Sporthalle Buschkoppel werden weiterhin von der Stadt getragen. Hierfür wendet die Stadt jährlich ca. jeweils 170.000 € auf.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
109.	<p>Ebenso habe ich in den vergangenen Jahren (letztmalig 2011) feststellen müssen, dass auch die Bahnhofstraße gereinigt wird, ohne dass es dafür eine Verpflichtung durch die Stadt gibt. Im vergangenen Jahr habe ich sogar auf dem Weg zum Bahnhof beobachten können, dass 3 Mitarbeiter (2 männlich, 1 weiblich) des Bauhofes das Unkraut aus den Rinnsteinen entfernt haben. Eine klassische Aufgabe der Anlieger. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Bahnhofstraße wird nicht maschinell durch die Straßenreinigungsfirma gereinigt. Dies soll auf Grund des Kopfsteinpflasters nicht geschehen. Es ist möglich, dass das Kehrfahrzeug durch diese Straße fährt, um in eine andere zu gelangen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofes waren in den öffentlichen Grünflächen (Straßenbegleitgrün) tätig.</i></p>			0	0	0	
110.	<p>In der Uhlenhorst (in der ich selbst wohne und immer regelmäßig die Rinnsteine reinige) ist erst am letzten Freitag der Reinigungsdienst durch die Straße gefahren. Warum? Das ist Aufgabe der Anlieger. Und bis auf wenige Ausnahmen (das kann man sehr gut sehen, wenn man mal offenen Auges durch die Straße geht) wird das auch von den "alten" Uhlenhorstern gemacht. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>In der Uhlenhorst ist die Straßenreinigung lt. Satzung den Anliegern nur auferlegt für das Teilstück von der Einmündung der Schmiedestraße bis zur Einmündung der Kollower Straße. Das restliche Stück wird maschinell gereinigt.</i></p>			0	0	0	
111.	<p>Ich bin sicher, dass es noch mehr Maßnahmen gibt, die in dieser Richtung als "freiwillige" Leistungen ausgeführt werden. Angesichts der leeren Kassen sollte die Stadt diese beispielhaft genannten freiwilligen Leistungen einstellen. [Vorschlag der Bürger]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Stadt obliegt eine Pflicht zur Sicherung von Gefahrenquellen, deren Unterlassung sonst zu Schadensersatzansprüchen führen kann.</i>						
112.	Die Stadt scheint weiter ein magischer Anziehungspunkt von Werbung auf öffentlichem Grund (also Plakate) zu sein. Um diesen "Wildwuchs" zu steuern, sollten hierfür die Sondernutzungsgebühren kräftig erhöht werden. Dies wird der Stadt gut bekommen; entweder finanziell oder zumindest optisch. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Sondernutzungsgebühren werden erhoben. Unberechtigt aufgestellte Schilder / Plakate werden u.a. von Mitarbeiter/Innen des Bauhofes entfernt.</i>						
113.	Die Stadt scheint die Kontrolle des "ruhenden Verkehrs" eingestellt zu haben. Da diese Aufgabe bisher auch keine Beamten der Stadt wahrgenommen haben, kann es keine hoheitliche Aufgabe sein. Die Stadt sollte sich hier einen Dienstleister suchen, der diese Aufgabe übernimmt. Mit dem Dienstleister müsste dann ein prozentualer Anteil an den tatsächlichen Einnahmen der Bußgelder vereinbart werden. Das hätte für die Stadt m.E. 2 Vorteile. Zum Einen braucht sie hierfür kein eigenes Personal; zum anderen kassiert sie zusätzlich Bußgelder. Dies ist sicher keine übliche Vorgehensweise im ö.D.; aber eigentlich sollte diese unter dem Begriff "Outsourcing" möglich sein. Dies in aller Kürze nur einige Möglichkeiten der Kostenersparnis bzw. der Einnahme Verbesserung. Das könnte z.B. auch ein Thema der Einwohnerversammlung sein. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	siehe I. A. Nr. 25.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist eine hoheitliche Aufgabe und daher von eigenem Personal durchzuführen. Zur Parkraumbewirtschaftung sollten Vorschläge erarbeitet werden. Bei gebührenpflichtigen Parkplätzen ist es durchaus möglich, diese Serviceleistung einzukaufen.</i>						
114.	Der Vorschlag behandelt den Beitritt der Stadt Schwarzenbek bei Dataport für IT-Dienstleistungen. Der Stadt liegt eine ausführliche Stellungnahme vor. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Bei dem Vorschlag „Beitritt zum IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR“ handelt es sich lediglich um die Inanspruchnahme von IT-Beschaffungsmaßnahmen über Dataport. Es bleibt fraglich, ob es günstiger ist über Dataport z.B. PCs und Server zu kaufen, als über den freien Markt. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die Stadtverwaltung seit langem fast ausschließlich gebrauchte PCs anschafft. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass unsere Eigenbeschaffungen günstiger waren. Selbstverständlich wird die weitere Entwicklung sehr genau verfolgt, um dann an diesem „Einkaufsverbund“ teilzunehmen.</i>			0	0	0	
115.	Seit mehr als 2 Jahrzehnten Handwerksbetrieb mit ca. 15 MA und WVS Mitglied. Nie !!! je eine Ausschreibung erhalten. Mein Tipp: mal um den Mittelstand kümmern und weniger um China. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Stadtverwaltung ist sehr erfreut, auch Einsendungen aus der Region zu erhalten. Deshalb wird die Verwaltung Schwarzenbek bei nächster Gelegenheit Kontakt mit dem Einsender aufnehmen und sich auch noch stärker um Unternehmen aus der Region kümmern.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
116.	<p>Mein Vorschlag, die Einnahmen zu erhöhen wäre, von diversen Betrieben, die städtischen Grund und Boden nutzen (sicherlich ohne Miete zu zahlen), eine Abgabe zu verlangen. Ich denke z.B. an NKD, die den Bürgersteig mit Kleiderständen zustellen, so dass die Fußgänger auf den Fahrradsteig ausweichen müssen und der Grill in der Möllner Straße, der den Bürgersteig mit einer hölzernen Terrasse zugebaut hat, so dass für Mütter mit Kinderwagen und Bürger mit Rollstuhl ebenfalls nur der Fahrradweg bleibt. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Vorschlag wird dahingehend geprüft, ob statt der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr alternativ eine Vermietung durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt erfolgen kann.</p>			€	€	€	
117.	<p>Fachlich versierten Sparkommissar einsetzen, der die Verwaltungsarbeit drastisch reduziert, VHS, Bücherei, Verwaltung in die freistehende Schule in der Berlinerstrasse einziehen lassen Rathaus verkaufen, Schuldenberater in Kiel kontaktieren. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Wir überprüfen jeden Einsparungsvorschlag und auch die Idee, externe Berater zu befragen. Kontakt zu externen Beratern besteht durch die Zusammenarbeit mit dem Prüfungsamt und den Ministerien. Das "Kommunal-Ministerium" hat Hinweise zur u.a. Beschränkung von Ausgaben zur Verfügung gestellt, die von der Stadt schon umgesetzt werden. Darüber hinaus kontrollieren wir jede unsere Aufgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit. Zu bedenken ist allerdings, dass wir anders als in der freien Wirtschaft Aufgaben haben, deren Erfüllung gesetzlich vorgeschrieben sind. Zur Realschule ein Hinweis: Die Kosten, die für die Umnutzung einer Schule in ein kommunales Verwaltungsgebäude entstehen, sind erheblich.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
118.	Auf der Homepage der Stadt Schwarzenbek gibt es eine Rubrik „Branchenbuch“. Man könnte sich eine Gebührenordnung schaffen, in der Gebühren für diese Einträge, vielleicht auch gestaffelt nach Unternehmensgröße/Umsatz/Gewerbesteuer erhoben werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Der Hinweis wird überprüft.</i>			€	€	€	
119.	Meine persönlichen Vorschläge: Seit geraumer Zeit beobachte ich besonders beim Joggen, dass offenbar immer mehr Hundehalter der Meinung sind, dass ihre Hunde überall hinsch... können, wo sie wollen. Spricht man die Hundehalter an, muss man bald noch Angst um seine Gesundheit haben. Also die Hundesteuer mindestens verdoppeln, damit der Kreis der Hundebesitzer überschaubarer wird. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Grundlage der Steuersätze der Stadt Schwarzenbek ist der Erlass zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbedarfzuweisungen vom 02.07.2010. Auf Grundlage diese Erlasses sind die Steuern ggf. anzupassen.</i>			€	€	€	
120.	Für die Neubaugebiete empfehle ich Straßenbeleuchtung mit Solar: Es spart Stromkosten und könnte vielleicht nach und nach ganz Schwarzenbek beleuchten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Diese und andere Alternativen werden bereits geprüft.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
121.	<p>Der Bahnhof muss attraktiver werden: Es genügt nicht ein Zeitungsladen, in dem sich teilweise merkwürdige Gestalten herumtreiben. Hier muss um den Bahnhof herum für den Mittelstand etwas getan werden- kleine Lädchen, Cafès etc. Der gute Anfang scheint zu kommen: das ehemalige Gefängnis soll ja demnächst ein Café bekommen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Forderung nach einer Attraktivitätssteigerung ist berechtigt. Leider hat die Stadt keine Zuständigkeit auf dem Bahngelände - andere Möglichkeiten werden zurzeit nicht gesehen.</p>			0	0	0	
122.	<p>Wenn Schwarzenbek schon expandiert, sollte man den Handwerksbetrieben aus dem Umland attraktive Angebote machen, sich hier nieder zu lassen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bitte konkretisieren Sie Ihre Idee. An welche Art der Angebote wird gedacht?</p>			€	€	€	
123.	<p>Und noch eine Sache, die schon etwas älter ist: Der Lärmschutz wegen der Bahn hatte bei mir eine Idee geweckt, die ich mich nicht traute zu sagen: Wenn ein Lärmschutz gebaut werden soll, bitten Sie die Bürger von Schwarzenbek um Spenden. Z.B. bei einer Spende ab 100 Euro wird in einem Gehwegstein der Name des Sponsors eingraviert. So was gab es bei der Gartenschau in Schwerin schon mal. Man muss sehen, wie viel da zusammenkommt.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Hinweis, dem nachgegangen wird. Spenden für die Finanzierung der Sporthalle Buschkoppel wurden damals für den Bau bereits eingeworben.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
124.	<p>Auch sollte man prüfen, inwieweit für Hausbesitzer Verwaltungswege verkürzt werden können wie z.B. Genehmigungen für erweiterte Bauten auf dem Grundstück etc. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Oftmals handelt es sich um Landesrecht, das durch die Stadt nicht beeinflusst werden kann. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt werden die Antragsteller selbstverständlich unterstützt.</p>			0	0	0	
125.	<p>Wie wäre es mit der Gründung eines Stromanbieters für Schwarzenbek? Mit Erdwärme und Solar/ Photovoltaik kann man heutzutage viel erreichen. Die Anschaffung muss natürlich geprüft werden. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Dieses wurde und wird regelmäßig in den städtischen Gremien und in den Gremien der Stadtwerke diskutiert. Bisher wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen Abstand genommen, wobei Photovoltaik bei den Stadtwerken zur Anwendung kommt.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
126.	<p>Ferner sollte allgemein der Zusammenhalt der Bürger in Schwarzenbek mehr gefördert werden: Straßenfeste und ehrenamtliche Aktionen für nationale/ internationale Projekte könnten Schwarzenbek einen neuen Bekanntheitsgrad geben. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
127.	Was halten Sie von einem Aufruf an das vorhandene Handwerk in Schwarzenbek, gewisse Arbeiten z.B. an der Aussenfassade am Kino freiwillig zu machen (unentgeltlich). Das Kino sieht von außen scheußlich aus, ich traue mich da nicht hinein. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft. Wir werden das bei nächster Gelegenheit mit Vertretern der örtlichen Handwerksbetriebe besprechen.</i>			0	0	0	
128.	Vereine in Schwarzenbek könnten sich bekannt machen, wenn sie von Zeit zu Zeit etwas für die Jugend tun würden/ können. Z.B. der Tennisverein: Verlosung zu einem großen Tennisturnier in Hamburg mit internationaler Beteiligung. Wenn sich herumspricht, was Schwarzenbek und seine Vereine alles für Jugendliche und natürlich auch Erwachsene tun, kommen mehr Besucher zu uns. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das befürworten und unterstützen wir sehr, da Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Viele Initiativen in diese Richtung gibt es jedoch heute schon, z.B. durch die internationalen Jugendturniere des SC Schwarzenbek und dem TSV Schwarzenbek mit seinem Handballcamp.</i>			0	0	0	
129.	Fußballturnier mit den Spielern des HSV? Kontakte zum HSV-Vorstand habe ich. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Dies ist kein "echter" Einsparungsvorschlag, aber vielen Dank für das Angebot. Nehmen Sie gern Kontakt zu den Vereinen auf.</i>			0	0	0	
130.	Konzerte wie Klassik oder Pop? Mit moderaten Eintrittspreisen kann ich mir vorstellen, dass auch Schwarzenbek daran verdient. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Soweit die Stadt Veranstalter ist, werden schon seit langem Eintrittspreise genommen. Bitte bedenken Sie, dass die Stadt darüber hinaus keinen Einfluss auf Eintrittspreise hat.</i>						
131.	Die Konzerte "Unter der Brücke" streichen, oder wenigstens reduzieren. Auch wenn es gesponsert ist, kommen auf die Stadt Reinigungs- und Aufräumarbeiten zu. Zu dem wird die Bühne auf- und abgebaut. Zu dem kommen Stromkosten und Kosten für die Security. Am Ende bliebe den Bürgern der Lärm erspart, denn Musik ist das weniger, eher Geschrei. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Konzerte liegen überwiegend in der Zuständigkeit des Veranstalters, Verhandlungen über Restkosten laufen zur Zeit.</i>			€	€	€	
132.	In der Information: "Schwarzenbek mein Zuhause" las ich, dass jeder Bürger mit ca. 870 € verschuldet ist. Wie wäre es mit einer Aktion: Jeder Bürger, der diesen Betrag der Stadt spendet als "schuldenfrei" im Rathaus veröffentlicht wird. Ich denke, so mancher Bürger, oder Firma kann 870 € aufbringen. Wenn es nur 100 tun, wären das gleich 87.000 €! Das Geld darf ausschließlich zur Tilgung verwendet werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Diesen Vorschlag finden wir ausgesprochen interessant. Diese Idee hat die Verwaltung über eine Internetumfrage zur Diskussion gestellt.</i>			€	€	€	
133.	Gartenpflege von Hartz IV Empfänger machen lassen statt von Fremdfirmen. Spart bestimmt. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Entscheidung über eine Heranziehung zur Arbeit von Hilfeempfängern kann nicht von der Stadt Schwarzenbek getroffen werden. Hier ist der Kreis Herzogtum Lauenburg Ansprechpartner.</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
134.	<p>Stadtvertreter könnten auch auf Ihre Sitzungsgelder verzichten. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> s. o. C Nr. 104.</p>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
135.	<p>Etwas für die Neuansiedlung von Geschäften in der City machen. Aber weder Frisöre noch Schuhgeschäft, sondern was auch die Stadt anreizt. Könnte Gewerbesteuer einbringen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Zum Hinweis Gewerbesteuer: Neuansiedlungen tragen sicherlich zur Attraktivitätssteigerung bei und sind sicherlich wichtig. Der Gewerbesteuerfreibetrag beträgt zurzeit 24.500 €, d.h. Gewerbesteuer fließt erst ab einem Gewinn oberhalb dieses Betrages. Zu Ihrer Orientierung sei an dieser Stelle erläutert, dass nach Mitteilung des IM Neuansiedlungen von Gewerbetrieben konjunkturell zu bewerten sind und damit nicht zur Konsolidierung beitragen.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
136.	<p>Guten Tag Herr Bürgermeister Ruppert. Ich nehme Ihren Aufruf, "Wo lässt sich sparen" im Schwarzenbeker Wochenblatt zum Anlass, Ihnen zu schreiben.</p> <p>Ich bin Mitglied bei den Fotofreunden Schwarzenbek und hatte am 18. April d.J. anlässlich unserer Fotoausstellung Wache im Amtsrichterhaus.</p> <p>Die Öffnungszeiten waren, wie sonst auch immer: Fr. Sa. und Sonntags von 15.00 bis 18.00 Uhr.</p> <p>Das ganze Haus war, als ich dort zu meiner Wache eintraf, sehr stark geheizt, so dass ich erst einmal die Fenster öffnen musste um frische Luft herein zu lassen.</p> <p>Da das Haus in der Regel nur 3 mal pro Woche für 3 Stunden genutzt wird, wäre es doch möglich, die Heizung in der übrigen Zeit auf Sparflamme laufen zu lassen. (Lässt sich sicher elektronisch regeln.) Ich kann mir vorstellen, das durch diese Maßnahme, ein erhebliches Maß an Heizkosten einzusparen wären. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Anlage ist so eingestellt, dass nur mit einer Mindesttemperatur geheizt wird. Bei Nutzung der Räumlichkeiten soll dann durch den betreffenden Nutzer die Anlage durch eine entsprechende Taste hochgefahren bzw. herunterreguliert werden. Auf Grund dieses Hinweises werden die Nutzer hierüber nochmals informiert.</i></p>			€	€	€	
137.	<p>Bei der Grund- und Gemeinschaftsschule ist ein Dachüberstand, der von unten beleuchtet wird. Die Beleuchtung umfasst 23 Lampen, die alle abends brennen. Um 23 Uhr brennen diese noch. Vorschlag: die Beleuchtung ab einer Uhrzeit X auszuschalten oder auch einige Lampen herausnehmen aus der Schaltung. [Vorschlag der Bürger]</p>			€	€	€	Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen und umgesetzt.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Idee wurde zwischenzeitlich umgesetzt, die Beleuchtung wurde reduziert. Siehe auch C Nr. 138.</i>						
138.	Bei den Fahrradständern an der GGS bleibt die Beleuchtung bis ca. 22:30 Uhr an. Um diese Uhrzeit würde aber keiner mehr mit dem Fahrrad vorbeikommen. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wurde eine Reduzierung der Beleuchtung vorgenommen. Die Schaltzeiten konnten nicht verändert werden, da in den Abendstunden Schulen durch die VHS, Sportvereine oder Musikschule genutzt werden. Auf ein gänzlich Ausleuchten der Flächen kann nicht verzichtet werden.</i>			€	€	€	siehe Hinweise zu C Nr. 137.
139.	Bei der Realschule existiert ein Gaszähler (vor dem Heizraum). Dieser ist schon abgeklemmt und nicht mehr in Benutzung. Dafür, dass dieser aber noch existiert zahlen wir mtl. ca. 17,00 € an E.On. Der müsste nur ausgebaut werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Über die weitere Verwendung des Schulgebäudes wird künftig zu beraten sein. Da der Ausbau eines Zählers mit Kosten verbunden ist, sollte zunächst ein konsensfähiges Konzept erstellt werden. Bei der dann anstehenden Umsetzung wird auch die Notwendigkeit vorhandener Zähler zu beurteilen sein.</i>			€	€	€	
140.	Grundstücksveräußerung Hellerkamp mit 100.000 € zu billig. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt erwirbt und veräußert Grund und Boden auf Grundlage der Bodenrichtwertpreise. Der Wert von Objekten wird von unabhängigen Gutachtern, z.B. vom Gutachterausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg festgesetzt. Die Veräußerung erfolgt nach Höchstgebot.</i>			€	€	€	siehe I. B. Nr. 6.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
141.	VHS sollte umziehen in leerstehende Gebäude / Realschule, Pavillon. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Umzug der VHS wird zur Zeit geprüft, Gespräche werden geführt.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 2.
142.	Straßenlampen sollten früher abgeschaltet werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe hierzu Erläuterungen zu C Nr. 23. und 79.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
143.	<i>Personal überprüfen und einsparen. [Vorschlag der Bürger]</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe C. Nr. 105.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9. 10.

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Die Maßnahmen, die im Jahr 2011 umgesetzt wurden, dürfen nur mit 50 % ihrer strukturellen (jährlich wiederkehrenden) finanziellen Auswirkungen in allen Jahren (2011-2012) angesetzt werden.

³ Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses unter Verringerung der Aufwendungen/ausgaben zu erfassen.

⁴ Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen, die 2012 umgesetzt wurden, sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2013 umgesetzt werden, für die Jahre 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2014 umgesetzt werden, für die Jahre 2014 und 2015,

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	

der Maßnahmen, die in 2015 umgesetzt werden, für das Jahr 2015.

⁵ Die Gesamtsumme der Spalte 7 gibt die strukturelle (jährlich wiederkehrende) Wirkung aller umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2015 an und soll mindestens 40 % des vorläufigen Richtwertes betragen.

Erläuterungen:

Berechnet wurden die Erträge aus Steuern, bei denen die Stadt Schwarzenbek über den laut Richtlinien notwendigen Hebesätzen Steuern erhoben hat. Ferner bei der Hundsteuer die Mehrerträge aus den Festsetzungen für den zweiten und weitere Hunde.

Der Zuschuss an die Kindergärten reduziert sich auf die Zuschüsse für die Personalkosten.

Der RdErl. IM vom 08.05.2008 ist gültig bis zum 31.12.2012



Auszug aus der Niederschrift der öffentlichen X. Sitzung des Finanzausschusses vom 29.09.2011

6. Parkraumbewirtschaftung

Von der Verwaltung wird die Beschlussvorlage erläutert. Es schließt sich eine rege Diskussion an. Insgesamt besteht bei den Ausschussmitgliedern Einvernehmen darüber, dass die Einführung von Parkgebühren bei dem P+R-Parkplatz im Bereich des Bahnhofes zu einer Schädigung des Standortvorteils von Schwarzenbek führen wird.

Entgegen des Beschlussvorschlages der Verwaltung beschließt der Finanzausschuss, dass die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Schwarzenbek für die Bürger nach wie vor keine Kosten verursachen darf. Das von der Verwaltung vorgeschlagene, zu erarbeitende Bewirtschaftungskonzept wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja:	8
Nein:	/
Enthaltungen:	/
Nicht teilgen.:	/

Parkraumbewirtschaftung

Bearbeiter: Frau Scheerer (Tel.: 881-138)

Beratungsfolge: FA 29.09.11 7

TOP6

FA

öffentliche
Beschlussvorlage

Sachverhalt

Am 23.02.2010 hat sich der Haupt- und Planungsausschuss dafür ausgesprochen, im Innenstadtbereich den Parkraum kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Am 23.06.2011 hat der Finanzausschuss bezüglich der Haushaltsplanung 2012/2013 klare Eckwerte vorgegeben. Um die vorgegebenen Fehlbeträge einhalten zu können, muss daher erneut über eine Parkraumbewirtschaftung nachgedacht werden. Bei der Berechnung der Fehlbedarfszuweisung für 2009 und 2010 ist der Stadt bereits ein Betrag in Abzug gebracht worden, da diese Einnahmemöglichkeit nicht ausgeschöpft wird.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses vom Haupt- und Planungsausschuss wird daher vorgeschlagen, die zusammenhängenden Parkflächen im Bereich entlang der Bahn zu bewirtschaften. Hierbei handelt es sich um ca. 270 Stellplätze im Bereich der Kerntangente, Jungfernstieg und Am Bahnhof. Da es sich überwiegend um P+R-Plätze handelt, sollen auch die Möglichkeiten für Dauerparker berücksichtigt werden. Eine Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Innenstadt soll weiterhin nicht erfolgen. Nach ersten überschlägigen Prüfungen ergeben sich bereits für das erste Betriebsjahr Möglichkeiten, höhere Erträge als Aufwendungen zu erwirtschaften.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Parkflächen im Bereich Kerntangente, Jungfernstieg und Am Bahnhof ein Bewirtschaftungskonzept zu erarbeiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen		Folgekosten		Betrag	
<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein		

Haushaltsmittel stehen bereit:	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
--------------------------------	-----------------------------	--

Produktsachkonto:		Haushaltsansatz:	
bereits verfügt:		noch verfügbar:	0

Bürgermeister	Frau Scheerer	Herr Warmer	Frau Duczek
gez.	gez.	gez.	gez.



Kostenvergleichsrechnung

alle Angaben in €

Erhebung von Parkgebühren	Parkplätze Bahnhofsbereich	Parkplätze Innenstadt
Kosten pro Automat	4.500,00	4.500,00
Anzahl Parkautomaten	4	10
Investitionsausgabe	18.000,00	45.000,00
Wiederbeschaffungswert	0,00	0,00
Liquidationserlös/ Restwert	0,00	0,00
Nutzungsdauer	10	10
Kalkulationszins	3,833%	3,833%
Arbeitstage	254	254
Gebühren Tagesticket	2,00	2,00
Parkplätze/ Stellplätze	135	215
Fixe Kosten		
kalkulatorische AfA	1.800,00	4.500,00
kalkulatorischer Zins	344,97	862,43
Wartungskosten	7.800,00	19.400,00
Miete, Pacht, Leasing	0,00	0,00
Gebühren (Abfallgebühren, Einspeisungsgebühren, Niederschlagswassergebühr, Straßenreinigungsgebühr)	0,00	0,00
Steuern (Kfz-Steuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer)	0,00	0,00
Versicherung (Gebäude-, Haftpflicht-, Kfz-, Gebäudeinhaltsversicherung)	0,00	0,00
Summe	9.944,97	24.762,43
Variable Kosten		
Materialkosten	0,00	0,00
Verbrauchskosten (Wasser, Abwasser, Heizung)	0,00	0,00
Treibstoff	0,00	0,00
zusätzliche Personalkosten	16.800,00	16.800,00
Energiekosten	2.000,00	5.000,00
Reparaturkosten (bauliche Unterhaltung Parkplätze, Reparaturen Geräte)	5.000,00	10.600,00
Summe	23.800,00	32.400,00
Gesamtkosten	33.744,97	57.162,43

Nach der Kostenvergleichsrechnung ist **Parkplätze Bahnhofsbereich** vorteilhafter.

Gewinnvergleichsrechnung

Erhebung von Parkgebühren	Parkplätze Bahnhofsbereich	Parkplätze Innenstadt
Einnahmen	68.580,00	109.220,00
Jahresergebnis	34.835,03	52.057,58
Kostendeckung	203,23%	191,07%

86.852,6-1

Nach der Gewinnvergleichsrechnung ist **Parkplätze Innenstadt** vorteilhafter.

**Rentabilitätsvergleichsrechnung**

Erhebung von Parkgebühren	Parkplätze Bahnhofsbereich	Parkplätze Innenstadt
Ergebnis der Periode	35.180,00	52.920,00
Rentabilität	390,89%	235,20%

Nach der Rentabilitätsvergleichsrechnung ist Parkplätze Bahnhofsbereich vorteilhafter.

Haushaltskonsolidierung

Bearbeiter: Frau Borchers-Seelig (Tel.: 881-110)

Beratungsfolge:	HAPL	23.10.12
	FA	23.10.12
	BA	25.10.12
	StVV	30.11.12

TOP 5

FA

öffentliche
Beschlussvorlage

Sachverhalt

Für die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses mit dem Finanzausschuss wurden auch Vertreter des Innenministeriums zur Sitzung eingeladen. Die Sitzungsunterlagen wurden den Gästen zur Sitzungsvorbereitung zur Verfügung gestellt.

Aufgrund einer dort vorgenommenen Durchsicht haben sich nun weitere Änderungen ergeben. Zum einen konnten eingebrachte Konsolidierungsmaßnahmen bis in das Jahr 2015 fortgeschrieben werden, zum anderen waren die (Mehr)Erträge aus der Gewerbesteuer, Hundesteuer (Mehrerträge aufgrund der Staffelung ab dem zweiten Hund) zu entfernen. Diese Mehrerträge resultieren zwar auf eine vorgenommene Erhöhung über dem vom Ministerium geforderten Mindesthebesatz, wurden aber vor dem Jahr 2011 beschlossen.

Diese wesentliche Änderung führt dazu, dass der laut (vorläufiger) Richtlinie zu erbringende Richtwert von derzeit **1,82 Mio. € bis 2015** nicht erbracht werden kann.

Unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2012, wonach die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 97.000 € nicht an die Stadt Schwarzenbek abzuführen ist, ergibt sich ein offener Betrag von **845.060 €**.

Möglichkeiten, diese Lücke zu schließen ist die Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 435 % (Mehrertrag bei durchschnittlichen Gewerbesteuererträgen von 5,0 Mio. € ca. 724.000 €), sowie der Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer auf 410 % (Mehrertrag ca. 155.000 €), beide **ab dem Jahr 2015**. Auch die Zuführung der Eigenkapitalverzinsung an den städtischen Haushalt ab dem Jahr 2013 ist eine anrechenbare Konsolidierungsmaßnahme.

Soweit der Wunsch besteht die benannten Steuersätze weniger stark anzuheben und an der Nicht-Abführung der Eigenkapitalverzinsung festzuhalten, bieten sich als ergänzende Maßnahmen die Einstellung der Festen Grundschulzeiten (Ordentliches Ergebnis 2013 von -47.500 €) oder des Theaters (Ergebnis 2013 von -40.900 €) in Erwägung gezogen werden.

Dem Konsolidierungskonzept, welches lt. geänderter Richtlinie bis zum 05.12.12 dem Innenministerium vorzulegen ist, sind auch die Anlage 3 a bis c beizufügen. Hieraus ergeben sich die im Zeitraum 2009 bis 2011 umgesetzte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung (3 a), sowie der von Prüfungsbehörden vorgeschlagenen Maßnahmen, soweit diese nicht umgesetzt wurden oder ab 2012 nicht umgesetzt werden sollen (3 c). Die Anlage 3 c ist nach abschließender Beratung in den politischen Gremien von der Verwaltung zu erstellen.

Vor dem Hintergrund der geänderten Richtlinie mit den damit verbundenen geänderten Bedingungen ist dem Ministerium mitzuteilen, ob weiterhin Konsolidierungshilfe beantragt bzw. neu beantragt werden soll.

Die Stadt hat im April 2012 eine Abschlagszahlung für die Konsolidierungshilfe in Höhe von 1,55 Mio. € erhalten. Nach Abstimmung des öffentlich-rechtlichen Vertrages sollte eine weitere Zahlung erfolgen. Aufgrund der vorläufigen Richtlinie wurde der Betrag von 3,1 Mio. € auf 2,02 Mio. € reduziert. Die endgültige Abrechnung war nach Vorlage aller endgültigen Rechnungsergebnisse sowie des öffentlich-rechtlichen Vertrages vorgesehen. Sofern ein Vertrag mit dem Ministerium nicht zustande kommt, ist fraglich, ob eine Verrechnung mit der beantragten Fehlbedarfszuweisung erfolgen kann. Eine abschließende Klärung konnte bislang nicht erfolgen.

Beschlussvorschlag

Die Fachausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung:

- a) Der bereits von der Stadt Schwarzenbek gestellt Antrag auf Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages wird aufrechterhalten.

Die Stadt Schwarzenbek wird die Konsolidierungshilfe gemäß § 16 a FAG in Anspruch nehmen. Das Konsolidierungskonzept (Anlage 3 b) ist, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen, sowie der Änderungen, die sich aus der Beratung der politischen Gremien ergeben, zu beschließen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Innenministerium abzuschließen.

- b) Die Stadt Schwarzenbek nimmt die Konsolidierungshilfe nicht in Anspruch und beschränkt sich auf die Beantragung einer Fehlbedarfszuweisung gemäß § 16 FAG.

Finanzielle Auswirkungen				Folgekosten				Betrag	
<input checked="" type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein		

Haushaltsmittel stehen bereit:	<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein
--------------------------------	--------------------------	----	--------------------------	------

Produktsachkonto:		Haushaltsansatz:	
bereits verfügt:		noch verfügbar:	0

Bürgermeister	Frau Borchers-Seelig		
gez.	gez.		

Erläuterung zur Anlage 3 b:

In der Anlage 3 b wurden die folgende Änderungen wurden vorgenommen:

Laufende Nummer		Veränderungen
I. A. Nr.	1.	+ 97.000 €
	3.	- 537.000 €
	4.	- 237.000 €
	8.	- 10.000 €
	10.	-97.000 €
	23.	+ 724.000 €
	24.	+ 155.000 €
II. A.	5.	+ 25.000 €
	7.	+ 20.000 €
	11.	+ 47.500 €
	12.	+ 40.900 €
II. B.	1.	+ 6.640 €
	2.	+ 18.400 €
	3.	+ 9.700 €
	6.	+ 1.500 €

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen						
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€ <i>neu 100%</i>						
1.	Anhebung Grundsteuer B von auf 390 % (d.h. 10% über Forderung (380% ab 2013) lt. RdErl. IM vom 08.05.2008)			97.300	97.300	97.300	
2.	Ertrag Personal-/Verwaltungskostenerstattung der Schulverbandsmitglieder		16.000	16.300	16.800	17.000	
3.	Gewerbsteuer seit 2010 auf 380 %, d.h. 2011 und 2012 30 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008	278.000	537.000				keine Anrechnung in 2015 (-537.000 €)
4.	Gewerbsteuer ab 2013 20 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008 bei durchschnittlich 4,5 Mio. €			237.000	237.000		keine Anrechnung in 2015 (-237.000 €)
5.	Vergnügungssteuer ab 2013 auf 12 %, d.h. 2,5 % über Forderung lt. RdErl. IM vom 08.05.2008			26.000	26.000	26.000	
6.	Verzicht der Vergünstigung auf Eckgrundstückregelung im Bereich der Erträge (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010; Betrag berechnet bei 2,50 €/m</i>)		11.700	11.700	11.700	11.700	
7.	Erhöhung Straßenreinigungsgebühren (Reduzierung öffentlicher Anteil auf 25 % bei 2,50 €/m)		11.000	11.000	11.000	11.000	
8.	Mehrerträge durch Hundesteuerstaffelung ab zweitem Hund (siehe Bericht GPA für HJ 2010, TZ 2. b)	10.000	10.000	10.000	10.000		keine Anrechnung in 2015 (-10.000 €)
9.	Mehrerträge Konzessionsabgaben			36.600	36.600	36.600	
10.	Ertrag Eigenkapitalverzinsung Eigenbetrieb Abwasser (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010, abgelehnt lt. Beschluss StVV 27.09.2012</i>)						keine Anrechnung - - 97.000 € StVV-Beschluss 27.09.2012
11.	Ertrag Verkauf Grundstück Ernst-Barlach Platz (4 % Veräußerungserlös 434.900 €)		17.400	17.400	17.400	17.400	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
12.	Ertrag Verkauf Grundstück "Alter Bauhof" (4 % von Veräußerungserlös 483.900 €)			19.400	19.400	19.400	
13.	Veräußerung Markt 6 und 8 lt. Beschluss StVV vom 09.09.2011 (4 % von 350.000 €)			14.000	14.000	14.000	
14.	Einnahmen aus Untervermietung Hans-Koch-Ring		29.300	75.600	75.600	75.600	
15.	Veräußerung nicht benötigter Ausgleichflächen (4% vom Verkaufserlös)			24.700	24.700	24.700	
16.	Planungskostenbeteiligung Baugebiet Gymnasium (90.000 € auf 5 Jahre)			18.000	18.000	18.000	
17.	Anpassung IT-Kooperationskosten			15.000	15.000	15.000	
18.	Turn- und Sportverein Beteiligung an den Kosten		20.000	20.000	20.000	20.000	
19.	Ganztagsangebote, Erhöhung des Kostendeckungsanteils		22.300	22.300	22.300	22.300	
20.	Erzielung Mieteinnahmen Kindergärten (3 x 21.000 €)			63.000	63.000	63.000	
21.	Reduzierung Unterhaltung Jugendtreff durch Umzug		6.200	24.800	24.800	24.800	
22.	Erhebung von Parkgebühren (<i>Anforderung des IM/Prüfungsbericht des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfzuweisung aus 2010</i>)			86.300	86.300	86.300	damalige Berechnung siehe Anlage
23.	Anhebung Gewerbesteuer auf 435 % ab dem 01.01.2015					724.000	
24.	Anhebung Grundsteuer B auf 410 % ab dem 01.01.2015					155.000	
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€						
1.	Erhöhung Hebesatz Hundesteuer auf 120 € ab 01.01.2013, d.h. 10 € über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012 je 1. Hund			7.500	7.500	7.500	
2.	Verpachtung Dachfläche Rathaus für eine Funkübertragungsanlage			3.500	3.500	3.500	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise	
		2011	2012	2013	2014	2015		
1	2	3	4	5	6	7		
3.	Flächentausch Askanierhaus (4% von 6.700 €)		300	300	300	300		
4.	Beteiligung an den Unterhaltungskosten Sportplatz durch den Sportverein Schwarzenbek		500	1.000	1.000	1.000		
5.	Einzahlungen durch den Verkauf von Grundstücken (4 % 56.100 €)		2.200	2.200	2.200	2.200		
6.	Veräußerung Hellerkamp (4 % von Veräußerungserlös 75.000 €)		3.000	3.000	3.000	3.000		
7.	Anhebung Grundsteuer A auf 370 % ab 01.01.2013 (d.h. 10% über Forderung lt. RdErl. IM vom 24.08.2012)			200	200	200		
8.	Erhöhung Mieten, Pachten und Erbbauzinsen			1.000	1.000	1.000		
9.	Erhöhung Essengelder Schulen		2.900	2.900	2.900	2.900		
	Zwischensumme I. der Spalten:	288.000	673.800	754.400	754.400	1.500.700		
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben							
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€							
1.	Einsparung Bewirtschaftungskosten durch Umzug Centa-Wulf-Schule		41.000	41.000	41.000	41.000		
2.	Reduzierung Miete und Reinigung VHS			33.400	33.400	33.400		
3.	Vermietung der Kulturstätte "Amtsrichterhaus", Reduzierung der Unterhaltungskosten			47.400	47.400	47.400		
4.	Reduzierung der Aufwandsentschädigung ab 10.2012 (<i>wird durch das IM befürwortet, Gespräch vom 06.09.2012</i>)		7.500	25.000	25.000	25.000		

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
5.	Bauhof Rissesanierung/Straßenschäden kl. Umfanges, Hofbefestigung in Eigenregie	25.000	12.500	12.500	12.500	25.000	es wird der Betrag des Jahres 2011 in Ansatz gebracht
6.	Reduzierung des Aufwandes für den Neujahrsempfang, Deckung der verbleibenden Aufwendungen durch Sponsoring		12.500	12.500	12.500	12.500	
7.	Reduzierung Lehr- und Unterrichtsmaterial		20.000	15.000	15.000	20.000	es wird der Betrag des Jahres 2012 in Ansatz gebracht
8.	Einsparung Personalkosten Bücherei (Beschluss SoKA 06.08.12)			20.000	20.000	20.000	
9.	Einsparung Personalkosten Wirtschaftsförderung (Nachweis im Stellenplan ist erforderlich)		42.000	42.000	42.000	42.000	
10.	Personalkosteneinsparungen durch Nicht-Wiederbesetzung (Nachweis im Stellenplan erforderlich)			38.300	38.300	38.300	
11.	Einstellung Feste Grundschulzeiten					47.500	
12.	Einstellung Theater					40.900	
B) Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€							
1.	Reduzierung der Zuweisungen an Vereine/Verbände (<i>Anforderung des IM / Prüfungsbereich des Kreises Herzogtum Lauenburg auf Gewährung einer Fehlbedarfszuweisung 2010</i>)	6.640	3.300	3.300	3.300	6.640	es wird der Betrag des Jahres 2011 in Ansatz gebracht
2.	Tiefbauabtl. Eigenleistungen statt Ingenieurleistungen (ab 2012 Mittelwert)	18.400	9.200	9.200	9.200	18.400	es wird der Betrag des Jahres 2011 in Ansatz gebracht
3.	Auszug Frauenhaus, anschließende Veräußerung des Gebäudes		9.700			9.700	siehe I.B. Nr. 6., es wird der Betrag aus 2011 in Ansatz gebracht

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
4.	Ausschreibung Versicherungen			7.500	7.500	7.500	es wird der Betrag des Jahres 2012 in Ansatz gebracht
5.	Theater, Erhöhung Eintrittspreise (Beschluss vom 07.05.12 SoKA)		1.500	1.500	1.500	1.500	
6.	Hortkosten, Beteiligung ASB und Johanniter an den Betriebskosten		1.500			1.500	
7.	Kündigungen Mitgliedschaften / Abos		400	400	400	400	
8.	Softwarepflegekündigung			3.000	3.000	3.000	
	Zwischensumme II. der Spalten:	50.040	161.100	312.000	312.000	441.640	

	Gesamtsumme der Spalten I. und II.	338.040	834.900	1.066.400	1.066.400	1.942.340	
--	---	----------------	----------------	------------------	------------------	------------------	--

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
C)	Vorschläge der Fraktionen						
1.	<p>Personalkosten über Kooperationen mit Umlandgemeinden, z. B. Standesamt, Meldeamt, evtl. Tätigkeiten in den Bauämtern [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Kooperationen werden bereits im Bereich EDV, Schulverband, in baulichen und abwasserrechtlichen Fragestellungen praktiziert. Dieses Thema wird regelmäßig auf Ebene der hauptamtlichen Bürgermeister und mit den Umlandgemeinden thematisiert.</p>			€	€	€	
2.	<p>Reduzierungen der Abteilungen sowie deren Führungskräfte (Grünflächenpflege, evtl. an Bürger abgeben, Blumenhändler, Winterdienst) [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf neue Anforderungen an die Verwaltung, wie z. B.: Energie- und Klimaschutzmanagement, Social Media, Fluktuation von Führungskräften (ehemaliger Wirtschaftsförderer) wird mit der neuen Organisationsstruktur, die im Haupt- und Planungsausschuss am 18.9.12 und dann in der Stadtverordnetenversammlung am 27.9.12, vorgestellt werden wird, reagiert.</p>			0	0	0	
3.	<p>Ausführungen von Arbeitsabläufen über IT-Systeme, Glasfaserverkabelung mit Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hier konnten in der Vergangenheit bereits in aktuellen Anforderungen entsprechend deutliche Verbesserungen der Arbeitsabläufe realisiert werden. Zum Thema Glasfaserverkabelung besteht auch im Rahmen der IT Kooperation Kontakt mit dem Amt Schwarzenbek Land. Regelmäßige Gespräche, enge Vernetzung und zukünftige Entwicklung sind dadurch gewährleistet.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
4.	Personalkosten senken [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8., 9. 10.
5.	Prioritätenliste Dienstleistungen, Aufgaben. Hohe Dringlichkeit, nachgeordnete Dringlichkeit daraus das notwendige Personal ableiten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
6.	Unerhebliche Dienstleistungen kostenneutral vorhalten [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
7.	Lizenzgebühren Open Source Programme verringern [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt hat Lizenzen gespendet bekommen, einzelne Programme laufen nur in Verbindung mit den eingesetzten Programmen, der Schulungsaufwand für "Fremde" Programme ist erheblich</i>			0	0	0	
8.	Frequenz der Reinigungsarbeiten jeglicher Art reduzieren (außer öffentliche Toiletten) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Reinigung des Rathauses kostet tgl. 91 €, die der Grund- und Gemeinschaftsschule 450 €. Durch Reduzierung der Intervalle kann der dann entstehende Reinigungsaufwand zunehmen und die Kosten dadurch steigen. Zu berücksichtigen ist bei dieser Idee, dass der Reinigungsumfang des Gymnasiums vertraglich geregelt ist und hier kein unmittelbarer Einfluss auf die Reinigungsintervalle genommen werden kann. Sollten bei anderen Schulen Reinigungsintervalle geändert werden, hätte dies die Differenzierung schulischer Bereiche zur Folge.</i>			€	€	€	
9.	Öffnung Stadtbücherei evtl. um die Mittagszeit reduzieren [Vorschlag der SPD]			0	0	0	siehe II. A. Nr. 8.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>die Bücherei hat ein neues Konzept im Zusammenhang mit Personal und Öffnungszeiten entwickelt, welches bereits unmittelbar nach der Sommerpause im Sozial- und Kulturausschuss thematisiert worden ist.</i>						
10.	Bauhof Aufgabenreduzierung [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei externen Vergaben entstehen Aufwand durch Ausschreibungen und Aufwand in der Ergebnisrechnung. Gleichzeitig kann dieses Thema im zuständigen Ausschuss mit einer detaillierten Übersicht der bisher wahrgenommenen Aufgaben thematisiert werden.</i>			0	0	0	
11.	städtischer Schriftverkehr per E- Mail [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt; siehe auch C. Nr. 13</i>			0	0	0	
12.	Einwohnerinitiativen für öffentliche Grünflächen unterstützen, ansonsten ggf. einebnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bereits zum jetzigen Zeitpunkt findet eine Unterstützung der entsprechenden Initiativen statt. Hinweise, Beratungen, Einwerben von Spenden, etc. spielen hierbei ebenfalls eine Rolle.</i>			€	€	€	
13.	Städtischer Schriftverkehr in E-Mail Form (Portoeinsparung z. B. Benachrichtigung Personalausweis) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>wird sofern rechtlich möglich schon umgesetzt</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
14.	Stromkosten senken (Wettbewerb in den Schulen mit Belohnung) [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Derartige Wettbewerbe wurden bereits in der Vergangenheit mit Erfolg in den Schulen durchgeführt. Mit dem neuen Energie- und Klimaschutzkonzept wird das Thema Stromkostensenkung auch wieder stärker in den Fokus gerückt.			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
15.	Aufwendungen im EDV-Bereich (Fortbildung) auf 65% senken [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> hier werden die Kosten nicht nur für die IT-Abt. sondern für die gesamte Verwaltung dargestellt			0	0	0	
16.	Einsparungen Zuschüsse nichtstädtischer Einrichtungen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Die Zuschüsse an einzelne Institutionen sind differenziert zu betrachten. So ist die Anbindung der Kreismusikschule eine andere als z. B. der Drogenberatung. D.h., die unmittelbare zeitliche Wirkung ist differenziert zu betrachten. Tatsächlich besteht aber durchaus die Möglichkeit, im Bereich der sog. Freiwilligen-Leistung entsprechende Kürzung bis hin zur kompletten Streichung von Zuschüssen vorzunehmen. Bei der Gewährung von Zuschüssen für die Kreismusikschule sind beispielsweise vertragliche Regelungen zu beachten.			€	€	€	
17.	Ehrungen älterer Mitbürger (Altersgrenze) [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Verwaltungsseitig wurde bereits vor längerer Zeit der Vorschlag gemacht, die Altersgrenze für Ehrungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung von 80 auf 90 Jahre anzuheben. Tatsächlich bestand vielmehr der politische Wunsch Bedürfnis, auch Zuwendungen an "junge Erdenbürger" auszukehren. Für 2011 wurden im Rahmen der Alters- und Ehejubiläen rd. 1800 € ausgezahlt. Der Haushaltsansatz für den Bürgervorsteher beträgt 600 €, für Ehrengeschenke 600 €, der Fonds für besondere Anlässe 4.000 €. Betreuung bejahrter Bürger 5.400 €</p>						
18.	<p>Verbrüderung (Vereinsarbeit, Haushaltsansatz in Frage stellen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der auf ehrenamtlichem Engagement beruhende Verein "Jumelage" befindet sich in Gründung. Um das Identitätsmerkmal Verbrüderung nicht zu gefährden und auch das ehrenamtliche Engagement in dem Zusammenhang nicht zu konterkarieren, sollte der Haushaltsansatz nicht komplett gekürzt werden. Nachzudenken ist auch, insbesondere vor dem Hintergrund des großen Verbrüderungstreffens im Jahre 2015 in Schwarzenbek über eine entsprechende Ausfallbürgschaft für diese Veranstaltung in 2015. Für 2015 sind im Plan 29.600 € vorgesehen, für 2012 7.600 €</p>			€	€	€	
19.	<p>Bürgerinfo nur noch als PDF-Datei (ev. einige Exemplare im Rathaus auslegen) [Vorschlag der SPD] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Information wird über Werbung finanziert. Der Stadt entstehen keine Kosten.</p>			0	0	0	
20.	<p>Abbau von Spielplätzen, evtl. nicht mehr erforderlich (Prüfauftrag) [Vorschlag der SPD]</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Dieser Vorschlag wird in den zuständigen Ausschüssen zu beraten sein.</i>						
21.	Kommunaler Liquiditätsverbund [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Hier wäre der Konsolidierungsvorschlag zu konkretisieren. Sollte gemeint sein, dass z. B. Kassenkredite durch kommunale Gebietskörperschaften gemeinsam zu bewirtschaften wären, wäre in diesem Zusammenhang eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Kreises Herzogtum Lauenburg bzw. des Landes Schleswig-Holstein erforderlich. Es ist aber davon auszugehen, dass diese "Bankgeschäfte" keine kommunalrechtliche Genehmigung erhalten würden.</i>			0	0	0	
22.	Kreisumlage kürzen , Kürzungen des Kreises gegenrechnen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Eine Möglichkeit, die Kreisumlage zu kürzen, wird mangels Rechtsgrundlage nicht gesehen. Tatsächlich müsste der Bürgermeister diesem Anliegen widersprechen. Faktisch kann die Kreisumlage nur durch politische Beschlüsse des Kreistages erfolgen, d. h., hier sind insbesondere die politischen Vertreter der Kreistagsfraktion gefordert. Ob hierzu entsprechende Mehrheitsbeschlüsse im Kreistag erfolgen, erscheint zunächst zumindest fragwürdig.</i>			0	0	0	
23.	Straßenbeleuchtung mit dem Ziele der Einsparungen [Vorschlag der SPD]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Dieses Thema wurde mehrfach im Bauausschuss (u.a. 02.02.2012) aufgegriffen. Der städtische Kostenanteil ist in dem Zusammenhang als nicht unerheblich zu beziffern, so dass tatsächliche Einspareffekte erst nach einem längeren Amortisationszeitraum gewährleistet wären. Da hierfür entsprechende Investitionen notwendig wären und diese nach aktueller Haushaltslage nur durch Kredite zu finanzieren wären, erscheint die kommunalaufsichtliche Genehmigung in dem Zusammenhang zumindest fragwürdig. Zumindes müsste im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsberechnungen die Vorteilhaftigkeit der Investitionen nachweisbar sein.</p>						siehe auch Stellungnahme zu C Nr. 79
24.	<p>Blockheizkraftanlagen [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Im Rahmen des Klimaschutzprojektes wurde der Ersatz von zentralen Heizungsanlagen (ehemalige Realschule, Verbandsschule) erörtert. Es ist ein Auftrag für eine Studie, die wirtschaftlichste Energieform zu finden, erteilt worden.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
25.	<p>Brückenbeleuchtung [Vorschlag der SPD]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Brücke ist mit energiesparenden NAV-Leuchten ausgestattet. Der Abstand der einzelnen Leuchten steht in Abhängigkeit mit der Schattenbildung der Beleuchtungskörper. Der Abstand ist für eine gleichmäßige Ausleuchtung erforderlich. siehe Hinweis darüber hinaus auch Zeile C Nr. 79. und 23.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
26.	Dividendenzahlung Stadtwerke [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die wahrscheinlich gemeinte Gewinnausschüttung der Stadtwerke unterliegt gesetzlichen Bestimmungen und den Beschlüssen des Aufsichtsrates. Die Stadtwerke erwirtschaften keinen ausreichenden Gewinn. Um den Mindestgewinn auszuweisen wurde für das Jahr 2012 Verpflichtungen vorgetragen.</i>			€	€	€	
27.	Kleingartenpacht erhöhen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Erhöhung war bereits Thema in den Ausschüssen, die Pachtzahlungen werden auf Wunsch noch einmal thematisiert</i>			€	€	€	
28.	Vermietung städtischer Räume zu attraktiven Preisen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Richtlinien und Satzungen liegen vor, Einnahmen werden erzielt</i>			€	€	€	
29.	Bauhoffahrzeuge ev. vermieten [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>hiervon wird verwaltungsseitig auch aus versicherungstechnischen Anforderungen abgeraten</i>			0	0	0	
30.	Kommunallotterie, 50% Stadt. 50%Ausschüttung [Vorschlag der SPD]			0	0	0	
31.	Fördertöpfe [Vorschlag der SPD]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Die angestrebte Verwaltungsstruktur, die zum 1.10.2012 umgesetzt werden sollte, sieht auch die verstärkte Auseinandersetzung mit der Zuschusseinwerbung von EU-, Bundes- und Landesmitteln vor. Tatsächlich konnten nur für nichtstädtische Projekte in Schwarzenbek im Rahmen der Aktivregion Sachsenwald Elbe bereits erhebliche Mittel eingeworben werden.</i>						
32.	Netzentgelte [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Konzessionsverträge bestehen, Abgaben werden vereinnahmt</i>			0	0	0	
33.	Weihnachtliche Beleuchtung Rathausfenster Dekoration im Rathaus [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Einsparungspotential kann nicht beziffert werden, Umsetzung grundsätzlich möglich.</i>			0	0	0	
34.	Stadtrundfahrt Senioren [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: die Stadtrundfahrt wurde im Rahmen der Haushaltsberatung 2012 ausdrücklich erwünscht, die Fahrt verursacht Kosten von ca. 400 €</i>			400	400	400	
35.	Repräsentationskosten kürzen [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: siehe Ausführungen zu C Nr. 17.</i>			€	€	€	
36.	Weihnachtshilfswerk völlige Orga. durch Wohlfahrtsverbände [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung: bitte an die Verbände kommunizieren</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
37.	Erbpacht [Vorschlag der SPD] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bestehende Verträge werden laufend überprüft und im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten fortlaufend erhöht.</i>			0	0	0	
38.	Zusammenlegung der Grundschule Nordost und der Grundschule (Compeschule) unter einer Schulleitung [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ggf. organisatorische Verbesserung, zunächst ohne finanzielle Verbesserung</i>			0	0	0	
39.	Einrichten von Hortplätzen alternativ feste Grundschulzeiten [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Elternbeitrag wurde von 85 € auf 100 € erhöht, die Sozialstaffelregelung ist entfallen (Beschluss vom 07.06.2012 StVV)</i>			0	0	0	siehe I. A. Nr. 19.
40.	Bewirtschaftung der Park- und Ride Plätze am Bahnhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>durchführbar; lt. Beschlussvorlage vom 29.09.2011- siehe Anlage- besteht bereits im ersten Betriebsjahr die Möglichkeit, höhere Erträge als Aufwendungen zu erwirtschaften. Die vorhandene Kalkulation wird zur Verfügung gestellt, bei Bedarf wird diese überarbeitet und aktualisiert.</i>			35.000	35.000	35.000	siehe I. A. Nr. 25.
41.	Umzug der VHS, z.B. in die Verbandsschule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Durch den Einzug der Centa-Wulf-Schule gibt es z.Zt. keine freien räumlichen Kapazitäten. Aber im Übrigen wird der Umzug geprüft. Begehungen fanden bereits statt.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 2.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
42.	Reduzierung der Aufgaben (Vergabe) und des Personals am Bauhof [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Eine Auftragsvergabe an Dritte setzt ein Vergabeverfahren voraus. Dieses ist von städtischen Mitarbeitern oder auch Dritte durchzuführen. Beide Varianten verursachen Kosten; bei externer Vergabe belasten die eingehenden Rechnungen die Ergebnisrechnung im Aufwand.</i>			0	0	0	
43.	Vergabe von Pflegearbeiten (Bauhof) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>siehe Stellungnahme zu C Nr. 42.</i>			0	0	0	
44.	Kostendeckender Kartenverkauf bei der Kleinen Bühne [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Zuschuss für die Theaterveranstaltungen betragen nach Preiserhöhung 7.000 €</i>			€	€	€	siehe II. B. Nr. 5.
45.	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (Vergabe an private Anbieter) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Straßenbeleuchtung wurde bereits in den Ausschüssen beraten. Den Vorschlag der Vergabe an private Anbieter bitte konkretisieren.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
46.	Solaranlagen auf städtischen Dächern [Vorschlag der CDU]			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Eine Anlage ist durch die Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Die Einspeisevergütung wurde geändert, eine Prognose über die Amortisation wird erst nach konkreter Ermittlung der Dachflächen, Ausrichtung der Anlage, Einwirkungen der Sonneneinstrahlung etc. möglich sein.</i>						
47.	Umzug der Centa Wulf Schule, ggf. Kooperation mit Mölln prüfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Umzug der Centa-Wulf-Schule ist vollzogen. Eine Kooperation mit der Schule in Mölln hätte organisatorische Auswirkung aber zunächst keine finanziellen Verbesserungen.</i>			0	0	0	siehe II. A. Nr. 1.
48.	Verkauf Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verkauf zum Restwert von 684.509,76 € können 4 % des Verkaufserlöses in Ansatz gebracht werden (17.000 €).</i>			€	€	€	
49.	Verpachtung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Bei Verpachtung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 63.475,00 €. Gespräche mit einem möglichen Pächter haben selbst einen Preis von 3,50 €/m² nicht zu erzielen vermocht.</i>			€	€	€	
50.	Vermietung Amtsrichterhaus [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Bei Vermietung der Dachgeschosswohnung zu 3,50 €/qm betragen die Mehreinnahmen / Einsparungen ca. 5.019,70 €. Es war bisher nicht möglich, die Wohnung zu vermieten. Dies lässt es zumindest zweifelhaft erscheinen, dass eine Vermietung der Wohnung auch aufgrund des Zuschnittes tatsächlich möglich ist. Ferner ist die Nutzung des Objekt durch Vermietung der Wohnung eingeschränkt. Die Nutzung des Amtsrichterhauses ist vorrangig zu klären.						
51.	Amtsrichterhaus: Kooperation mit dem Betreiber altes Amtsgericht / Gefängnis [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Der Vorschlag wird aufgegriffen, Gespräche sind zugegebener Zeit zu führen. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird zunächst die Fertigstellung des alten Amtsgerichts angestrebt, bevor weitere Aktivitäten aufgenommen werden.			€	€	€	
52.	Personaleinsparungen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Wird im Einzelfall immer geprüft			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
53.	Besetzungssperre für freigewordene Stellen (Anzahl) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Wird im Einzelfall immer geprüft			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9, 10.
54.	Auflistung der nicht gesetzlich begründeten Aufgabenbereiche / Stellen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Umfangreiche Überprüfung der Stellen läuft			€	€	€	
55.	Verkauf der Realschule [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Pavillon wird zur Zeit genutzt, Fragen zur Heizungsanlage sind noch nicht gelöst, könnten aber im Rahmen des Energie- und Klimaschutzes aufgenommen werden. Der Wert des Grundstücks / Gebäudes beziffert sich in der Anlagenbuchhaltung auf 1.201.879 €, 4% hiervon sind ca. 48.000 €. Auch aufgrund der Situation betreffend der Veräußerung von Markt 6 und 8 kann wohl behauptet werden, dass dieser Wert bei der derzeitigen Marktlage keinen realistischer Ansatz zur Veräußerung darstellt.</i>						*) siehe Stellungnahme der Verwaltung
56.	Stadtbücherei: Aufgabenerledigung über Schulen prüfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Eine Realisierung ist aufgrund der personellen und räumlichen Situation zurzeit nicht umsetzbar.</i>			0	0	0	
57.	Stadtbücherei: Privatisierung prüfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Grundsätzlich denkbar ist ein Trägerschaftswechsel, künftig z. B. durch einen Büchereiverein sowie die Ausstattung durch Ehrenamtliche. Bitte Beschluss im SoKa zur Prüfung herbeiführen.</i>			€	€	€	
58.	Stadtbücherei: Auf jeden Fall Reduzierung der Öffnungszeiten, um mindestens eine Stelle einzusparen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: bereits umgesetzt</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8.
59.	Einstellung der Schulsozialarbeit und Personalfreisetzung [Vorschlag der CDU]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Für die Schulsozialarbeit erhält die Stadt einen Zuschuss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von derzeit rund 59.000 €, welcher noch für das Jahr 2013 gezahlt wird. Es besteht eher weiterer Bedarf, so die Fachpraktiker und Sachverständigen. Die Schulsozialarbeiterin hat in den politischen Gremien über ihre Arbeit berichtet und die Notwendigkeit erläutert. Dabei wurde vorgestellt, dass der heutige Bedarf nicht abgedeckt wird und durch die erfolgreiche (Präventions-)Arbeit auch Folgeschäden verhindert werden können.</p>						
60.	<p>Mensabetrieb an den Schulen auf Kosten / Notwendigkeit prüfen; evtl. Einstellung kpl. oder teilweise [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Grundsätzlich eingeschränkt möglich, eine Preisanpassung wurde zwischenzeitlich vorgenommen (SoKA vom 07.05.12)</p>			€	€	€	siehe I. B. Nr. 9.
61.	<p>Einsparung von mindestens einer Person bei der Anzahl der Hausmeister [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Hausmeistersystem wird derzeit überarbeitet und das Ergebnis von der Verwaltung im Jahr 2013 vorgestellt. Durch die geänderte Nutzung einzelner Gebäude könnte die Einsparung eine Stelle (ca. 50.000 €) dem Grunde nach möglich sein. Dennoch rät die Verwaltung dringend davon ab, Kapazitäten zu reduzieren. Die Reduzierung hätte zur Folge, dass eine Vielzahl von Veranstaltungen abgesagt, Öffnungszeiten reduziert und weniger Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten.</p>			€	€	€	
62.	<p>Poolbildung für alle Hausmeistertätigkeiten und Einsatzsteuerung über den Pool [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> siehe C Nr. 61.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
63.	<p>Feuerwehr-Gerätewart als hauptamtliche Festeinstellung einsparen, Erledigung wie früher über das Ehrenamt planen und erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> möglich: bei Wegfall der Personalkosten würden sich die Feuerwehrgebühren verringern; der Aufwand könnte sich erhöhen, da evtl. mehr Reparaturen in Auftrag gegeben werden müssen; Pflege des Außengeländes und Hausmeisterdienste müssen vergeben oder von anderen übernommen werden</p>			€	€	€	
64.	<p>Stadtarchivar nicht mehr vorhalten und Austritt aus der Archivgemeinschaft (kein Ersatz), Archivierung wie früher erledigen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Verzicht auf eine Archivierung ist nach den Bestimmungen des Landesarchivgesetz SH nicht möglich. Danach nehmen Gemeinden dieses Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Durch die Mitgliedschaft der Stadt in der Archivgemeinschaft hat die Stadt eine kostengünstige Lösung für die se Aufgabe gewählt, ferner konnten die Kosten durch die Neubesetzung weiter reduziert (für die Mitgliedschaft z.Zt. ca. 20.000 €) werden. Darüber hinaus wurde auf der Tagung der Hauptverwaltungsbeamten im Jahr 2011 die Variante der Archivgemeinschaft ausdrücklich von Vertretern des Landesrechnungshofes gelobt.</p>			0	0	0	
65.	<p>Eine Gleichstellungsbeauftragte für die städtische Verwaltung ist heute nicht mehr erforderlich, da der Anteil der Frauen auf jeder Ebene übererfüllt ist. Die Stelle ist aufzulösen [Vorschlag der CDU]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: ab 15.000 Einwohner ist eine Gleichstellungsbeauftragte verpflichtend. GB ist nicht nur für MA des Rathauses Ansprechpartner. Beschluss für hauptamtliche GB StVV vom 27.03.2009 mit 20 Ja und 2 Nein Stimmen.</i>						
66.	Im Bauamt ist 1 Person einzusparen, da die Aufgabenfülle nicht mehr zu erwarten ist, es muss auch nicht alles, was geprüft vorgelegt wird, erneut überprüft werden [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Eine Reduzierung hat schon stattgefunden, eine Stelle ist zur Zeit nicht besetzt.</i>			0	0	0	
67.	Standesamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Diese Angelegenheit wurde bereits überprüft; eine Kooperation ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Tatsächlich findet eine Zusammenarbeit gegen Kostenerstattung statt.</i>			0	0	0	
68.	Meldeamt: Vereinbarung über eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen / Einrichtungen vereinbaren, z. B. mit dem Amt Schwarzenbek Land [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: siehe Anmerkung zum Standesamt unter C Nr. 67.; in diesem Bereich findet noch kein Austausch bzw. Unterstützung statt</i>			0	0	0	
69.	Empfang im Eingangsbäude Rathaus auflösen: die Beschilderung zur Orientierung ist evtl. zu ergänzen [Vorschlag der CDU]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Zentrale bedient schätzungsweise 50 % aller Bürgeranliegen, die anderenfalls in den Fachabteilungen bearbeitet werden müssten. Unsere Kunden müssten mit jeder kleinen Anfrage oder Bitte in die Büros, was die Arbeitsgänge deutlich verlangsamten würde. Die Kolleginnen und Kollegen der Zentrale haben eine Reihe weiterer Verwaltungsaufgaben, die von dort erledigt werden.</i>						
70.	Benutzungsgebühren überarbeiten / neu kalkulieren und bei Inanspruchnahme auch konsequent durchsetzen / anwenden [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Grundsätzlich sind ein Teil von Gebühren nach dem KAG zu kalkulieren. Dieser Aufgabe kommt die Stadt nach. Ein weiterer Teil wird vom Landesrecht festgesetzt, hierauf hat die Stadt keinen Einfluss. Z.B. schöpft der FB 1 Gebührenmöglichkeiten aus; Sondernutzung könnten nach Möglichkeit durch Verpachtung ersetzt werden;</i>			€	€	€	
71.	Eingangspost über Vorzimmer BM öffnen und zur weiteren Bearbeitung - nach Prüfung - verteilen [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bearbeitungsverzögerungen würden entstehen</i>			0	0	0	
72.	Eigenbetrieb Abwasser ausgliedern in die Stadtwerke GmbH, dadurch Synergieeffekte nutzen und die Geschäftsführung reduzieren (nur 1 GF und je 1 Leiter der kaufm. und techn. Leitung erforderlich) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Der AR der Stadtwerke hat von dieser Idee aus rechtlichen Gründen Abstand genommen.</i>			0	0	0	
73.	Bürgerservice sinnvoll ausbauen, dafür Personalreduzierungen in den Fachabteilungen durchsetzen [Vorschlag der CDU]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Fachlich nur in wenigen Teilbereichen möglich. Wird überprüft.; evtl. räumliche und bauliche Hindernisse</i>						
74.	Verwaltungsseitige Teilnahme an Sitzungen auf eine Person reduzieren, diese muss sich sachkundig informieren, um über die TOP der Sitzung Auskunft geben zu können (Ziel ist der Abbau von Mehrstunden) [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Vorschlag der Verwaltung: Der Ausschuss Vorsitzende lädt den gewünschten Ansprechpartner der Verwaltung termingerecht ein.</i>			0	0	0	
75.	Verkauf ehem. Frauenhaus vor dem Herbst 2012, da keinerlei U-/Bewirtschaftungskosten mehr anfallen dürfen [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Verkauf ist für 2012 geplant.</i>			€	€	€	siehe B I. Nr. 6.
76.	Reduzierung der im Verhältnis hohen Fehlzeiten durch Krankheit um 1,5 % - Punkte; auch mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten!!! [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Viele kostenlose Möglichkeiten wie z. B. intensive Betreuung durch Führung und Personalamt. eingeführt. Sollten Sie andere "Möglichkeiten" meinen, bitte definieren</i>			0	0	0	
77.	Verhandlungen mit der Gemeinde Grabau aufnehmen über die zukünftige Beteiligung an der neu zu gliedernden Schule Nordost [Vorschlag der CDU] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Schullastenanteil für Grabau liegt abgängig von der Schülerzahl bei zur Zeit ca. 19.000 €</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
78.	<p>Ausschaltung sämtlicher Ampeln im Stadtgebiet von 20:00 Uhr bis 05:00 Uhr; es gilt die StVO; die Verkehrsteilnehmer werden es danken!!! [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Diese und andere Möglichkeiten werden bereits überprüft. Grundsätzlich besteht Verkehrssicherungspflichten, die nicht außer Acht gelassen werden können.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutz werden.
79.	<p>Ausschaltung mit System für sämtliche öffentliche Beleuchtungen (incl. Straßenbeleuchtung) ausarbeiten und einführen [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der BA hat sich mit dem Thema mehrfach befasst. Die Gütemerkmale für die Straßenbeleuchtung sind in der europäischen Norm DIN EN 13201 "Straßenbeleuchtung" festgelegt. Mit dieser Norm wird der Grundsatz verfolgt, dass die Qualität der Straßenbeleuchtung umso höher sein muss, je höher das Sicherheitsrisiko für die Verkehrsteilnehmer ist. Die Gütemerkmale der Beleuchtung werden auch u.a. bestimmt von der Verkehrsstärke, Begegnung von Fußgängerkehr und ruhendem Verkehr. Abgesehen von diesen objektiven Gütemerkmalen spielt bei Bürgern ein nicht zu vernachlässigendes subjektives Sicherheitsempfinden hinsichtlich Beleuchtung eine Rolle.</p>			€	€	€	siehe Hinweis zu C Nr. 78. siehe Hinweis zu C Nr. 23.
80.	<p>Austritt der Stadt bei der Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten [Vorschlag der CDU]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Austritt ist nicht möglich. Die Stadt hat nach § 114 SchulG als Schulträger die Kosten der Schülerbeförderung zu tragen.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
81.	Prüfung zur Einführung einer jährlichen, freiwilligen Feuerwehr-Abgabe (in Bayern z.B. sind die Feuerwehren Vereine und jeder Erwachsene ist zu einer jährlichen Abgabe zwangsverpflichtet) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Eine derartige Abgabe wird lt. Auskunft des IM in SH von keiner Kommune in SH erhoben. Eine schriftliche Anfrage zur Klärung wurde beim IM von Seiten der Verwaltung gestellt.</i>			0	0	0	
82.	Private Beteiligung an öffentlichen Einrichtungen prüfen; unter festen Renditegesichtspunkten (z.B. maximal 2 % Rendite) ohne persönliche Einflussnahme (z.B. Stadtwerke, Eigenbetrieb Abwasser oder entsprechendes) [Vorschlag der CDU] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die vorgeschlagene Rendite liegt unterhalb der aktuellen Inflationsrate, daher dürfte sie für wenige interessant sein.</i>			0	0	0	
83.	Antragstellung bei dem Innenministerium Schleswig-Holstein auf Fortschreibung der Landesplanung und Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum [Vorschlag der FWS] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Ausweisung der Stadt Schwarzenbek als Mittelzentrum ist durchaus wünschenswert und vom Bürgermeister letztmalig bei IM am 06.09.2012 thematisiert worden. Im IM fand diese Anregung leider nicht die erwünschte Resonanz. Ob und wann das Innenministerium im Zuge der Fortschreibung der Landesplanung die Stadt Schwarzenbek tatsächlich als Mittelzentrum ausweist, kann von hier nicht beurteilt werden. Die letzte Fortschreibung der Landesplanung erfolgte im Kalenderjahr 2010; diese dient als Grundlage für die räumliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2025. Insoweit ist eine zeitnahe Ausweisung der Stadt als Mittelzentrum nicht zu erwarten.</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
84.	Vermarktung der Namensrechte für städtische Sporthallen [Vorschlag der FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Hier wurden /werden bereits Gespräche geführt. Über erste Ergebnisse hatte der Bürgermeister in den politischen Gremien berichtet.</i>			€	€	€	
85.	Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Stadtgebiet [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>siehe hierzu C Nr. 135.</i>			0	0	0	
86.	Kein weiterer Ausweis von Baugebieten [Vorschlag FWS] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Ausweisung von Baugebieten liegt in der Verantwortlichkeit der politischen Gremien der Stadt Schwarzenbek.</i>			0	0	0	
87.	Ausweisung von Nutzungsflächen für Windkraftanlagen vom Innenministerium [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Antrag wurde zurückgezogen. Darüber hinaus ist eine Ausweisung von Flächen wegen fehlender Windgeschwindigkeit und vorgeschriebenen Mindestabstandsflächen zur Wohnbebauung nicht möglich (siehe HAPI 15.11.11 TOP 7 und 19.06.12 TOP 5 - Teilfortschreibung der Regionalpläne).</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
88.	Gründung einer solaren Betreibergesellschaft in Schwarzenbek für eine solare Nutzung von stadt-eigenen Dachflächen zu initiieren [Vorschlag der FDP]			€	€	€	Diese Themen (C Nr. 88. - 90.) können im Rahmen des Energie- und Klimaschutz- konzeptes aufgegriffen werden.
89.	Mögliche Investitionen in eine solaren Betreibergesellschaft [Vorschlag der FDP]			€	€	€	siehe Hinweis zu C Nr. 88.
90.	Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf stadt-eigenen Gebäuden sind durchzuführen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. Nr. 88.- 90. siehe C Nr. 46 der Aufstellung. Die Anträge "Solare Betreibergesellschaft" und "Solare Investitionen" werden von der StVV am 07.06.2012 in den HAPI verwiesen.						
91.	Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Detailplanung für die Installation von Photovoltaik-Anlagen [Vorschlag der FDP] <i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> zu lfd. C Nr. 91. wurde der Antrag auf Bitten der FDP-Fraktion in der StVV 07.06.2012 den Bauausschuss verwiesen.			€	€	€	siehe Hinweis zu C Nr. 88.
	<i>Stellungnahme der Verwaltung :</i> Der Antrag wurde in der StVV am 07.06.2012 an den Haupt- und Planungsausschuss verwiesen.						
92.	Erstellung eines Businessplans für die Schwarzenbek Marketing GmbH sowie Aufnahme der Innenstadtplanung durch die Verwaltung oder die Schwarzenbek Marketing GmbH [Vorschlag der FDP]						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
93.	Keine Verlängerung von Zeitverträgen / Keine Neueinstellungen ohne Zustimmung HA [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das kann im Einzelfall großen Schaden anrichten und ganze Abteilungen zum Erliegen bringen. Wenn es Sinn macht, werden Verträge natürlich auch nicht verlängert.</i>			0	0	0	
94.	Stadtwerte ausbauen: Wasser / Abwasser / Bauhof / Energie / Gebäude / Grundstücke / Abwasser / Internet - auch Bewirtschaftung inkl. Reinigung und Hausmeister etc. Kooperation mit anderen Stadtwerten (Geesthacht) [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Abwasserversorgung ist aus gesetzlichen Gründen in öffentlicher Hand zu belassen.</i> <i>Siehe hierzu auch die Antwort der Verwaltung zur StVV vom 27.09.12.</i>			0	0	0	
95.	Die Versorgung - Wasser / Gas / Strom (Leitungen und Netze) muss wieder in die öffentliche Hand. Flächen für erneuerbare Energien nutzen (Bürgergenossenschaft?) [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
96.	Der Bereich soll zu 100 % in öffentlicher Hand bleiben. Aufsichtsrat durch die STVV zu wählen. Beteiligungen anderer öffentlicher Träger möglich. [Vorschlag der "Grünen"]			0	0	0	
97.	Gründung eines Energieausschusses (wie Geesthacht) um ein Energiekonzept zu erarbeiten und um die Umsetzung zu begleiten. [Vorschlag der "Grünen"] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Ein zusätzlicher Ausschuss verursacht Kosten.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
98.	Vermarktung von ungenutzten Immobilien (Realschule / Markt 6 u. 8 / Bauhof etc. [Vorschlag der "Grünen"] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Vertragsverhandlungen für den Bauhof sind abgeschlossen, Markt 6 und 8 stehen zum Verkauf, auch hier werden Gespräche geführt, Konzept/ Nutzung Realschule muss entschieden werden</i>			€	€	€	siehe I. 1 A 11., 12, 22.
99.	Die Stadt Schwarzenbek könnte Geld sparen, indem sie die seit Jahren leerstehende ehemalige Realschule sinnvoll nutzt. So könnte man auch durch Vermietung einzelner Gebäudeteile Einnahmen verzeichnen. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Zurzeit wird über die Nutzung des ehemalige Realschulgebäude beraten. Hierbei werden verschiedene Möglichkeiten betrachtet, z.B. das Gebäude zunächst in begrenztem Umfang weiter zu nutzen, aufzugeben oder zu veräußern. Ausschlaggebend werden die zu erwartenden Kosten bzw. Einsparungen sein. Der Vorschlag kann dahingehend erweitert werden, dass das Gebäude insgesamt veräußert wird. So würden neben der einmaligen Einnahme auch die sich im sechsstelligen Bereich befindlichen Unterhaltskosten entfallen.</i>			€	€	€	siehe C Nr. 55. und 98.
100.	Wie bereits im letzten Jahr von mir angemerkt, die Wasseruhrenstände nicht mehr durch kostenpflichtige Ableser/innen ermittelt. Stattdessen könnte man wie schon seit Jahren praktiziert eine entspr. Bekanntmachung in den Tageszeitungen veröffentlichen, bis wann die Wasseruhrenstände telefonisch, per Fax, E-Mail o.ä. von den Verbrauchern an die Stadt gegeben werden müssen. Die dann noch fehlenden Angaben könnte man immer noch den Ableser/innen übermitteln. Somit würde man hier Personalkosten einsparen. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ablesekosten belasten nicht den Städtischen Haushalt, weil die Wasserversorgung durch die Stadtwerken erfolgt. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit Zählerstände von den Verbrauchern ablesen zu lassen, jedoch ist hierbei zu bedenken, dass bei Selbstablesung erfahrungsgemäß eine höhere Fehlerquote bei der Ermittlung des Wasserzählerstandes vorlag.</p>						
101.	<p>Ich schlage eine Katzensteuer vor (100€ für nachweislich kastrierte/sterilisierte Katzen, 200€ für alle anderen), damit wäre a) ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, b) ein Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Tierhaltern und c) ein Beitrag gegen unkontrollierte Vermehrung und überlaufende Tierheime getan! [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Katzensteuer ist in vielen Gemeinden bereits erörtert worden. Bisher ist jedoch keine Gemeinde bekannt, die eine Katzensteuer erhebt. Das Vorhaben der Einführung einer Katzensteuer bedarf eines Genehmigungsverfahrens und bedeutet einen hohen Verwaltungsaufwand für die Erhebung. Der Nachweis von Katzen ist recht schwierig. Es ist auch zu befürchten, dass infolge einer Steuer immer mehr Katzen ausgesetzt werden könnten, die Kosten für das Tierheim steigen und die Katzenpopulation rasant ansteigen würde.</p>			0	0	0	
102.	<p>Ich schlage vor, alle Vorschläge zu veröffentlichen (auch abgelehnte mit Ablehnungsgründen) weil nach deren Studium der eine oder andere Bürger durch Änderungen oder Ergänzungen einem Vorschlag mehr Dynamik oder neues Leben einhauchen könnte. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> wird gemacht</p>						

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
103.	Sehr geehrte Damen und Herren, also mein Vorschlag wäre ähnlich wie in Hamburg eine Gebühr für den Bürgerservice. An- und Ummeldungen, Personalausweis Beantragung sind in Hamburg gebührenpflichtig. Warum nicht auch in Schwarzenbek. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Gebühren im Einwohnerwesen sind landesrechtlich geregelt. Die Erhebung von zusätzlichen Gebühren ist daher nicht möglich.</i>			0	0	0	
104.	Da die Stadtverordneten und Ausschussmitglieder (noch) nicht am Hungertuche nagen, wäre es denkbar, auf die üppigen Sitzungsgelder, die z.T. auch für nur kurzzeitige Teilnahme voll gezahlt werden, zu verzichten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, auch bei nur teilweiser Teilnahme oder bei kurzen Sitzungen, ist nach aktueller Rechtsprechung nicht zulässig. Möglich ist nur eine Absenkung der Höhe der Entschädigungen.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
105.	Und: brauchen wir wirklich alle 122 Stellen des Stellenplans ? [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Bei jeder Nachbesetzung wird geprüft, ob die Aufgaben nicht anderweitig erledigt werden können. Zurzeit prüfen wir, welche Aufgaben aus rechtlichen Gründen zwingend erledigt werden müssen und welche verzichtbar sind. Sollte sich ein Stellenüberhang ergeben, wird es Reduzierung geben.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
106.	Jegliche Zuschüsse an den Verein SiWa. Ich finde es sehr gut, dass der See bewacht wird, aber die Rettungsschwimmer bekommen einen richtig hohen Stundenlohn dafür, dass hat nichts mit Ehrenamtlichkeit wie in der Feuerwehr zu tun, und der Verein behauptet sie wären ehrenamtlich. [Vorschlag der Bürger]			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wird zurzeit kein Zuschuss bewilligt.</i>						
107.	Nachdem Verdi für die Kommunen erfolgreich ein Stellenabbauprogramm durchgesetzt hat, wird der Stadt zur Konsolidierung des Haushaltes wohl nur die Reduzierung der Personalkosten verbleiben. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Der Haushalt ist allein durch die Reduzierung der Personalkosten nicht zu sanieren. Im Übrigen siehe C Nr. 105.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8., 9., 10.
108.	Die Stadt hat so ziemlich alle freiwilligen Leistungen gekürzt; insbesondere auch im Sport. Schon lange war es mir ein Dorn im Auge, dass Straßen von der Stadt "freiwillig" gereinigt werden. Als ein Beispiel kann ich die Lauenburger Straße anführen; insbesondere den Geh- und Radweg. Nach der Satzung ist dies allein Aufgabe der Anlieger. Seit 2007 versuche ich zu ergründen, warum Jahr für Jahr der Bauhof diese Aufgaben im Winter für die Anlieger übernimmt; auch in diesem Jahr. Aber wenn keine Antwort kommt, kommt auch keine Nachfrage. Ist zwar nicht ideal, aber was soll's. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es trifft zu, dass auch im Sportbereich freiwillige Leistungen gekürzt wurden. Die Kosten die Bewirtschaftung und Unterhaltung des Sportplatzes Schützenallee und der Sporthalle Buschkoppel werden weiterhin von der Stadt getragen. Hierfür wendet die Stadt jährlich ca. jeweils 170.000 € auf.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
109.	<p>Ebenso habe ich in den vergangenen Jahren (letztmalig 2011) feststellen müssen, dass auch die Bahnhofstraße gereinigt wird, ohne dass es dafür eine Verpflichtung durch die Stadt gibt. Im vergangenen Jahr habe ich sogar auf dem Weg zum Bahnhof beobachten können, dass 3 Mitarbeiter (2 männlich, 1 weiblich) des Bauhofes das Unkraut aus den Rinnsteinen entfernt haben. Eine klassische Aufgabe der Anlieger. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Bahnhofstraße wird nicht maschinell durch die Straßenreinigungsfirma gereinigt. Dies soll auf Grund des Kopfsteinpflasters nicht geschehen. Es ist möglich, dass das Kehrfahrzeug durch diese Straße fährt, um in eine andere zu gelangen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofes waren in den öffentlichen Grünflächen (Straßenbegleitgrün) tätig.</i></p>			0	0	0	
110.	<p>In der Uhlenhorst (in der ich selbst wohne und immer regelmäßig die Rinnsteine reinige) ist erst am letzten Freitag der Reinigungsdienst durch die Straße gefahren. Warum? Das ist Aufgabe der Anlieger. Und bis auf wenige Ausnahmen (das kann man sehr gut sehen, wenn man mal offenen Auges durch die Straße geht) wird das auch von den "alten" Uhlenhorstern gemacht. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>In der Uhlenhorst ist die Straßenreinigung lt. Satzung den Anliegern nur auferlegt für das Teilstück von der Einmündung der Schmiedestraße bis zur Einmündung der Kollower Straße. Das restliche Stück wird maschinell gereinigt.</i></p>			0	0	0	
111.	<p>Ich bin sicher, dass es noch mehr Maßnahmen gibt, die in dieser Richtung als "freiwillige" Leistungen ausgeführt werden. Angesichts der leeren Kassen sollte die Stadt diese beispielhaft genannten freiwilligen Leistungen einstellen. [Vorschlag der Bürger]</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Der Stadt obliegt eine Pflicht zur Sicherung von Gefahrenquellen, deren Unterlassung sonst zu Schadensersatzansprüchen führen kann.</i>						
112.	Die Stadt scheint weiter ein magischer Anziehungspunkt von Werbung auf öffentlichem Grund (also Plakate) zu sein. Um diesen "Wildwuchs" zu steuern, sollten hierfür die Sondernutzungsgebühren kräftig erhöht werden. Dies wird der Stadt gut bekommen; entweder finanziell oder zumindest optisch. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Sondernutzungsgebühren werden erhoben. Unberechtigt aufgestellte Schilder / Plakate werden u.a. von Mitarbeiter/Innen des Bauhofes entfernt.</i>			€	€	€	
113.	Die Stadt scheint die Kontrolle des "ruhenden Verkehrs" eingestellt zu haben. Da diese Aufgabe bisher auch keine Beamten der Stadt wahrgenommen haben, kann es keine hoheitliche Aufgabe sein. Die Stadt sollte sich hier einen Dienstleister suchen, der diese Aufgabe übernimmt. Mit dem Dienstleister müsste dann ein prozentualer Anteil an den tatsächlichen Einnahmen der Bußgelder vereinbart werden. Das hätte für die Stadt m.E. 2 Vorteile. Zum Einen braucht sie hierfür kein eigenes Personal; zum anderen kassiert sie zusätzlich Bußgelder. Dies ist sicher keine übliche Vorgehensweise im ö.D.; aber eigentlich sollte diese unter dem Begriff "Outsourcing" möglich sein. Dies in aller Kürze nur einige Möglichkeiten der Kostenersparnis bzw. der Einnahme Verbesserung. Das könnte z.B. auch ein Thema der Einwohnerversammlung sein. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	siehe I. A. Nr. 25.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Überwachung des ruhenden Verkehrs ist eine hoheitliche Aufgabe und daher von eigenem Personal durchzuführen. Zur Parkraumbewirtschaftung sollten Vorschläge erarbeitet werden. Bei gebührenpflichtigen Parkplätzen ist es durchaus möglich, diese Serviceleistung einzukaufen.</i>						
114.	Der Vorschlag behandelt den Beitritt der Stadt Schwarzenbek bei Dataport für IT-Dienstleistungen. Der Stadt liegt eine ausführliche Stellungnahme vor. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Bei dem Vorschlag „Beitritt zum IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR“ handelt es sich lediglich um die Inanspruchnahme von IT-Beschaffungsmaßnahmen über Dataport. Es bleibt fraglich, ob es günstiger ist über Dataport z.B. PCs und Server zu kaufen, als über den freien Markt. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die Stadtverwaltung seit langem fast ausschließlich gebrauchte PCs anschafft. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass unsere Eigenbeschaffungen günstiger waren. Selbstverständlich wird die weitere Entwicklung sehr genau verfolgt, um dann an diesem „Einkaufsverbund“ teilzunehmen.</i>			0	0	0	
115.	Seit mehr als 2 Jahrzehnten Handwerksbetrieb mit ca. 15 MA und WVS Mitglied. Nie !!! je eine Ausschreibung erhalten. Mein Tipp: mal um den Mittelstand kümmern und weniger um China. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung: Die Stadtverwaltung ist sehr erfreut, auch Einsendungen aus der Region zu erhalten. Deshalb wird die Verwaltung Schwarzenbek bei nächster Gelegenheit Kontakt mit dem Einsender aufnehmen und sich auch noch stärker um Unternehmen aus der Region kümmern.</i>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
116.	<p>Mein Vorschlag, die Einnahmen zu erhöhen wäre, von diversen Betrieben, die städtischen Grund und Boden nutzen (sicherlich ohne Miete zu zahlen), eine Abgabe zu verlangen. Ich denke z.B. an NKD, die den Bürgersteig mit Kleiderständen zustellen, so dass die Fußgänger auf den Fahrradsteig ausweichen müssen und der Grill in der Möllner Straße, der den Bürgersteig mit einer hölzernen Terrasse zugebaut hat, so dass für Mütter mit Kinderwagen und Bürger mit Rollstuhl ebenfalls nur der Fahrradweg bleibt. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Der Vorschlag wird dahingehend geprüft, ob statt der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr alternativ eine Vermietung durch die Liegenschaftsabteilung der Stadt erfolgen kann.</p>			€	€	€	
117.	<p>Fachlich versierten Sparkommissar einsetzen, der die Verwaltungsarbeit drastisch reduziert, VHS, Bücherei, Verwaltung in die freistehende Schule in der Berlinerstrasse einziehen lassen Rathaus verkaufen, Schuldenberater in Kiel kontaktieren. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Wir überprüfen jeden Einsparungsvorschlag und auch die Idee, externe Berater zu befragen. Kontakt zu externen Beratern besteht durch die Zusammenarbeit mit dem Prüfungsamt und den Ministerien. Das "Kommunal-Ministerium" hat Hinweise zur u.a. Beschränkung von Ausgaben zur Verfügung gestellt, die von der Stadt schon umgesetzt werden. Darüber hinaus kontrollieren wir jede unsere Aufgaben hinsichtlich ihrer Notwendigkeit. Zu bedenken ist allerdings, dass wir anders als in der freien Wirtschaft Aufgaben haben, deren Erfüllung gesetzlich vorgeschrieben sind. Zur Realschule ein Hinweis: Die Kosten, die für die Umnutzung einer Schule in ein kommunales Verwaltungsgebäude entstehen, sind erheblich.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
118.	Auf der Homepage der Stadt Schwarzenbek gibt es eine Rubrik „Branchenbuch“. Man könnte sich eine Gebührenordnung schaffen, in der Gebühren für diese Einträge, vielleicht auch gestaffelt nach Unternehmensgröße/Umsatz/Gewerbsteuer erhoben werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Der Hinweis wird überprüft.</i>			€	€	€	
119.	Meine persönlichen Vorschläge: Seit geraumer Zeit beobachte ich besonders beim Joggen, dass offenbar immer mehr Hundehalter der Meinung sind, dass ihre Hunde überall hinsch... können, wo sie wollen. Spricht man die Hundehalter an, muss man bald noch Angst um seine Gesundheit haben. Also die Hundesteuer mindestens verdoppeln, damit der Kreis der Hundebesitzer überschaubarer wird. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Grundlage der Steuersätze der Stadt Schwarzenbek ist der Erlass zur Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbedarfszuweisungen vom 02.07.2010. Auf Grundlage diese Erlasses sind die Steuern ggf. anzupassen.</i>			€	€	€	
120.	Für die Neubaugebiete empfehle ich Straßenbeleuchtung mit Solar: Es spart Stromkosten und könnte vielleicht nach und nach ganz Schwarzenbek beleuchten. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Diese und andere Alternativen werden bereits geprüft.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
121.	<p>Der Bahnhof muss attraktiver werden: Es genügt nicht ein Zeitungsladen, in dem sich teilweise merkwürdige Gestalten herumtreiben. Hier muss um den Bahnhof herum für den Mittelstand etwas getan werden- kleine Lädchen, Cafès etc. Der gute Anfang scheint zu kommen: das ehemalige Gefängnis soll ja demnächst ein Café bekommen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Forderung nach einer Attraktivitätssteigerung ist berechtigt. Leider hat die Stadt keine Zuständigkeit auf dem Bahngelände - andere Möglichkeiten werden zurzeit nicht gesehen.</p>			0	0	0	
122.	<p>Wenn Schwarzenbek schon expandiert, sollte man den Handwerksbetrieben aus dem Umland attraktive Angebote machen, sich hier nieder zu lassen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Bitte konkretisieren Sie Ihre Idee. An welche Art der Angebote wird gedacht?</p>			€	€	€	
123.	<p>Und noch eine Sache, die schon etwas älter ist: Der Lärmschutz wegen der Bahn hatte bei mir eine Idee geweckt, die ich mich nicht traute zu sagen: Wenn ein Lärmschutz gebaut werden soll, bitten Sie die Bürger von Schwarzenbek um Spenden. Z.B. bei einer Spende ab 100 Euro wird in einem Gehwegstein der Name des Sponsors eingraviert. So was gab es bei der Gartenschau in Schwerin schon mal. Man muss sehen, wie viel da zusammenkommt.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Ein Hinweis, dem nachgegangen wird. Spenden für die Finanzierung der Sporthalle Buschkoppel wurden damals für den Bau bereits eingeworben.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
124.	<p>Auch sollte man prüfen, inwieweit für Hausbesitzer Verwaltungswege verkürzt werden können wie z.B. Genehmigungen für erweiterte Bauten auf dem Grundstück etc. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Oftmals handelt es sich um Landesrecht, das durch die Stadt nicht beeinflusst werden kann. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt werden die Antragsteller selbstverständlich unterstützt.</p>			0	0	0	
125.	<p>Wie wäre es mit der Gründung eines Stromanbieters für Schwarzenbek? Mit Erdwärme und Solar/ Photovoltaik kann man heutzutage viel erreichen. Die Anschaffung muss natürlich geprüft werden. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Dieses wurde und wird regelmäßig in den städtischen Gremien und in den Gremien der Stadtwerke diskutiert. Bisher wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen Abstand genommen, wobei Photovoltaik bei den Stadtwerken zur Anwendung kommt.</p>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
126.	<p>Ferner sollte allgemein der Zusammenhalt der Bürger in Schwarzenbek mehr gefördert werden: Straßenfeste und ehrenamtliche Aktionen für nationale/ internationale Projekte könnten Schwarzenbek einen neuen Bekanntheitsgrad geben. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft.</p>			0	0	0	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
127.	Was halten Sie von einem Aufruf an das vorhandene Handwerk in Schwarzenbek, gewisse Arbeiten z.B. an der Aussenfassade am Kino freiwillig zu machen (unentgeltlich). Das Kino sieht von außen scheußlich aus, ich traue mich da nicht hinein. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Diese Idee ist gut, wenngleich sie nicht unmittelbar die Haushaltskonsolidierung betrifft. Wir werden das bei nächster Gelegenheit mit Vertretern der örtlichen Handwerksbetriebe besprechen.</i>			0	0	0	
128.	Vereine in Schwarzenbek könnten sich bekannt machen, wenn sie von Zeit zu Zeit etwas für die Jugend tun würden/ können. Z.B. der Tennisverein: Verlosung zu einem großen Tennisturnier in Hamburg mit internationaler Beteiligung. Wenn sich herumspricht, was Schwarzenbek und seine Vereine alles für Jugendliche und natürlich auch Erwachsene tun, kommen mehr Besucher zu uns. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Das befürworten und unterstützen wir sehr, da Eigeninitiative und ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Viele Initiativen in diese Richtung gibt es jedoch heute schon, z.B. durch die internationalen Jugendturniere des SC Schwarzenbek und dem TSV Schwarzenbek mit seinem Handballcamp.</i>			0	0	0	
129.	Fußballturnier mit den Spielern des HSV? Kontakte zum HSV-Vorstand habe ich. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Dies ist kein "echter" Einsparungsvorschlag, aber vielen Dank für das Angebot. Nehmen Sie gern Kontakt zu den Vereinen auf.</i>			0	0	0	
130.	Konzerte wie Klassik oder Pop? Mit moderaten Eintrittspreisen kann ich mir vorstellen, dass auch Schwarzenbek daran verdient. [Vorschlag der Bürger]			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Soweit die Stadt Veranstalter ist, werden schon seit langem Eintrittspreise genommen. Bitte bedenken Sie, dass die Stadt darüber hinaus keinen Einfluss auf Eintrittspreise hat.</i>						
131.	Die Konzerte "Unter der Brücke" streichen, oder wenigstens reduzieren. Auch wenn es gesponsert ist, kommen auf die Stadt Reinigungs- und Aufräumarbeiten zu. Zu dem wird die Bühne auf- und abgebaut. Zu dem kommen Stromkosten und Kosten für die Security. Am Ende bliebe den Bürgern der Lärm erspart, denn Musik ist das weniger, eher Geschrei. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Konzerte liegen überwiegend in der Zuständigkeit des Veranstalters, Verhandlungen über Restkosten laufen zur Zeit.</i>			€	€	€	
132.	In der Information: "Schwarzenbek mein Zuhause" las ich, dass jeder Bürger mit ca. 870 € verschuldet ist. Wie wäre es mit einer Aktion: Jeder Bürger, der diesen Betrag der Stadt spendet als "schuldenfrei" im Rathaus veröffentlicht wird. Ich denke, so mancher Bürger, oder Firma kann 870 € aufbringen. Wenn es nur 100 tun, wären das gleich 87.000 €! Das Geld darf ausschließlich zur Tilgung verwendet werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Diesen Vorschlag finden wir ausgesprochen interessant. Diese Idee hat die Verwaltung über eine Internetumfrage zur Diskussion gestellt.</i>			€	€	€	
133.	Gartenpflege von Hartz IV Empfänger machen lassen statt von Fremdfirmen. Spart bestimmt. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Entscheidung über eine Heranziehung zur Arbeit von Hilfeempfängern kann nicht von der Stadt Schwarzenbek getroffen werden. Hier ist der Kreis Herzogtum Lauenburg Ansprechpartner.</i>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
134.	<p>Stadtvertreter könnten auch auf Ihre Sitzungsgelder verzichten. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> s. o. C Nr. 104.</p>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 4.
135.	<p>Etwas für die Neuansiedlung von Geschäften in der City machen. Aber weder Frisöre noch Schuhgeschäft, sondern was auch die Stadt anreizt. Könnte Gewerbesteuer einbringen. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> Zum Hinweis Gewerbesteuer: Neuansiedlungen tragen sicherlich zur Attraktivitätssteigerung bei und sind sicherlich wichtig. Der Gewerbesteuerfreibetrag beträgt zurzeit 24.500 €, d.h. Gewerbesteuer fließt erst ab einem Gewinn oberhalb dieses Betrages. Zu Ihrer Orientierung sei an dieser Stelle erläutert, dass nach Mitteilung des IM Neuansiedlungen von Gewerbetrieben konjunkturell zu bewerten sind und damit nicht zur Konsolidierung beitragen.</p>			€	€	€	

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
136.	<p>Guten Tag Herr Bürgermeister Ruppert. Ich nehme Ihren Aufruf, "Wo lässt sich sparen" im Schwarzenbeker Wochenblatt zum Anlass, Ihnen zu schreiben.</p> <p>Ich bin Mitglied bei den Fotofreunden Schwarzenbek und hatte am 18. April d.J. anlässlich unserer Fotoausstellung Wache im Amtsrichterhaus.</p> <p>Die Öffnungszeiten waren, wie sonst auch immer: Fr. Sa. und Sonntags von 15.00 bis 18.00 Uhr.</p> <p>Das ganze Haus war, als ich dort zu meiner Wache eintraf, sehr stark geheizt, so dass ich erst einmal die Fenster öffnen musste um frische Luft herein zu lassen.</p> <p>Da das Haus in der Regel nur 3 mal pro Woche für 3 Stunden genutzt wird, wäre es doch möglich, die Heizung in der übrigen Zeit auf Sparflamme laufen zu lassen. (Lässt sich sicher elektronisch regeln.) Ich kann mir vorstellen, das durch diese Maßnahme, ein erhebliches Maß an Heizkosten einzusparen wären. [Vorschlag der Bürger]</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Die Anlage ist so eingestellt, dass nur mit einer Mindesttemperatur geheizt wird. Bei Nutzung der Räumlichkeiten soll dann durch den betreffenden Nutzer die Anlage durch eine entsprechende Taste hochgefahren bzw. herunterreguliert werden. Auf Grund dieses Hinweises werden die Nutzer hierüber nochmals informiert.</i></p>			€	€	€	
137.	<p>Bei der Grund- und Gemeinschaftsschule ist ein Dachüberstand, der von unten beleuchtet wird. Die Beleuchtung umfasst 23 Lampen, die alle abends brennen. Um 23 Uhr brennen diese noch. Vorschlag: die Beleuchtung ab einer Uhrzeit X auszuschalten oder auch einige Lampen herausnehmen aus der Schaltung. [Vorschlag der Bürger]</p>			€	€	€	Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen und umgesetzt.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
	<i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Idee wurde zwischenzeitlich umgesetzt, die Beleuchtung wurde reduziert. Siehe auch C Nr. 138.</i>						
138.	Bei den Fahrradständern an der GGS bleibt die Beleuchtung bis ca. 22:30 Uhr an. Um diese Uhrzeit würde aber keiner mehr mit dem Fahrrad vorbeikommen. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Es wurde eine Reduzierung der Beleuchtung vorgenommen. Die Schaltzeiten konnten nicht verändert werden, da in den Abendstunden Schulen durch die VHS, Sportvereine oder Musikschule genutzt werden. Auf ein gänzlich Ausleuchten der Flächen kann nicht verzichtet werden.</i>			€	€	€	siehe Hinweise zu C Nr. 137.
139.	Bei der Realschule existiert ein Gaszähler (vor dem Heizraum). Dieser ist schon abgeklemmt und nicht mehr in Benutzung. Dafür, dass dieser aber noch existiert zahlen wir mtl. ca. 17,00 € an E.On. Der müsste nur ausgebaut werden. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Über die weitere Verwendung des Schulgebäudes wird künftig zu beraten sein. Da der Ausbau eines Zählers mit Kosten verbunden ist, sollte zunächst ein konsensfähiges Konzept erstellt werden. Bei der dann anstehenden Umsetzung wird auch die Notwendigkeit vorhandener Zähler zu beurteilen sein.</i>			€	€	€	
140.	Grundstücksveräußerung Hellerkamp mit 100.000 € zu billig. [Vorschlag der Bürger] <i>Stellungnahme der Verwaltung:</i> <i>Die Stadt erwirbt und veräußert Grund und Boden auf Grundlage der Bodenrichtwertpreise. Der Wert von Objekten wird von unabhängigen Gutachtern, z.B. vom Gutachterausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg festgesetzt. Die Veräußerung erfolgt nach Höchstgebot.</i>			€	€	€	siehe I. B. Nr. 6.

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	
141.	VHS sollte umziehen in leerstehende Gebäude / Realschule, Pavillon. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>Ein Umzug der VHS wird zur Zeit geprüft, Gespräche werden geführt.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 2.
142.	Straßenlampen sollten früher abgeschaltet werden. [Vorschlag der Bürger] <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe hierzu Erläuterungen zu C Nr. 23. und 79.</i>			€	€	€	Dieses Thema könnte Bestandteil des Energie- und Klimaschutzes werden.
143.	<i>Personal überprüfen und einsparen. [Vorschlag der Bürger]</i> <u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> <i>siehe C. Nr. 105.</i>			€	€	€	siehe II. A. Nr. 8, 9. 10.

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Die Maßnahmen, die im Jahr 2011 umgesetzt wurden, dürfen nur mit 50 % ihrer strukturellen (jährlich wiederkehrenden) finanziellen Auswirkungen in allen Jahren (2011-2012) angesetzt werden.

³ Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses unter Verringerung der Aufwendungen/ausgaben zu erfassen.

⁴ Die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen, die 2012 umgesetzt wurden, sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2013 umgesetzt werden, für die Jahre 2013, 2014 und 2015 anzugeben, der Maßnahmen, die in 2014 umgesetzt werden, für die Jahre 2014 und 2015,

Übersicht über die in 2011 und 2012 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und die im Zeitraum 2013-2015 vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1,2,3

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr					Hinweise
		2011	2012	2013	2014	2015	
1	2	3	4	5	6	7	

der Maßnahmen, die in 2015 umgesetzt werden, für das Jahr 2015.

⁵ Die Gesamtsumme der Spalte 7 gibt die strukturelle (jährlich wiederkehrende) Wirkung aller umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2015 an und soll mindestens 40 % des vorläufigen Richtwertes betragen.

Erläuterungen:

Berechnet wurden die Erträge aus Steuern, bei denen die Stadt Schwarzenbek über den laut Richtlinien notwendigen Hebesätzen Steuern erhoben hat. Ferner bei der Hundsteuer die Mehrerträge aus den Festsetzungen für den zweiten und weitere Hunde.
 Der Zuschuss an die Kindergärten reduziert sich auf die Zuschüsse für die Personalkosten.
 Der RdErl. IM vom 08.05.2008 ist gültig bis zum 31.12.2012

Übersicht über die im Zeitraum 2009 bis 2011 umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ^{1,2}

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	nachrichtlich	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr		
		2006,2007,2008	2009	2010	2011
1	2		3	4	5
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen				
1.	Veräußerung Gemeindeeigener Grundstücke Wohngebiet Mühlenkamp 2004 bis 2006 insgesamt (4 % von 816.224 €)	33.600			
2.	Veräußerung Gewerbegrundstück Ladestraße (Bau+Betrieb Waschstraße) (4 % von 167.000 €)	6.680			
3.	Verkauf Gesellschaftsanteile Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft	116.600			
4.	Veräußerung "Alte Marktschule" (4 % von 91.000 €)	3.640			
5.	Ausgliederung Abwasserbereich	853.000			
6.	Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren	29.700	29.700	29.700	29.700
7.	Vergabe Reinigung an Fremdfirmen	62.300	62.300	62.300	62.300
8.	Verkauf Grundstück Parkplatz Hamburger Straße (4 % von 414.840 €)	16.593			
9.	Verkauf Grundstück Lauenburger Straße (4 % von 100.000 €)		4.000		
10.	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A auf 350 % ab 01.01.2010			600	600
11.	Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B auf 350 % ab 01.01.2010, auf 370 % ab 01.01.2011			343.000	135.000
12.	Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer auf 380 % ab 01.01.2010			345.500	187.100
13.	Erhöhung Hebesatz Vergnügungssteuer auf 8 % ab 01.01.2010, 8,5 % ab 01.01.2011			4.500	4.500
14.	Erhöhung Hebesatz Hundesteuer auf ab 01.01.2010			8.800	11.200
15.	Erhöhung Hebesatz Zweitwohnungssteuer auf 11 % ab 01.01.2010, auf 11,5 % in 2011			600	400
16.	Verkauf Teilfläche Parkplatz (56.400) 4%			2.256	
17.	Verkauf Teilfläche Tierheim (87.500) 4%			3.500	
18.	Verkauf Teilfläche Dreiecksgrundstück (43.200) 4%			1.728	
	Zwischensumme I. der Spalten:	1.122.113	96.000	802.484	430.800

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	nachrichtlich	finanzielle Auswirkungen in T€ im Jahr		
		2006,2007,2008	2009	2010	2011
1	2		3	4	5
II. Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben					
1.	Kredite umgeschuldet / abgelöst IBBank	15.000			
2.	Reinigung durch Fremdunternehmen	62.300			
3.	Reduzierung der Zuweisungen an Vereine/Verbände		20.100	9.619	6.640
4.	Bauhof Rissesanierung/Straßenschäden kl. Umfanges, Hofbefestigung in Eigenregie		43.900	25.000	25.000
5.	Tiefbauabteilung Eigenleistungen statt Ingenieurleistungen	22.900	10.600	9.600	18.400
	Zwischensumme II. der Spalten:	100.200	74.600	44.219	50.040
	Gesamtsumme der Spalten:	1.222.313	170.600	846.703	480.840

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses der Aufwendungen/Ausgaben zu erfassen.

Übersichtsicht über die von den örtlichen und den überörtlichen Prüfungsbehörden jeweils im letzten Prüfungsbericht vorgeschlagenen Maßnahmen zu Haushaltskonsolidierung, soweit diese nicht umgesetzt wurden und nach dem Konsolidierungskonzept 2012 - 2015 nicht umgesetzt werden sollen^{1,2}

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€	Gründe (Stichwortartig, warum die Maßnahme nicht durchgeführt wurde)
1	2	3	4
I.	Verbesserung der Erträge/Einnahmen		
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€		
1.			
2.			
3.			
...			
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€		
1.			
2.			
3.			
4.			
	Zwischensumme I. der Spalten:	0	0
II.	Verringerung der Aufwendungen/Ausgaben		
A)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung ≥ 10 T€		
1.			
2.			

Übersichtsicht über die von den örtlichen und den überörtlichen Prüfungsbehörden jeweils im letzten Prüfungsbericht vorgeschlagenen Maßnahmen zu Haushaltskonsolidierung, soweit diese nicht umgesetzt wurden und nach dem Konsolidierungskonzept 2012 - 2015 nicht umgesetzt werden sollen^{1,2}

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme	finanzielle Auswirkungen in T€	Gründe (Stichwortartig, warum die Maßnahme nicht durchgeführt wurde)
1	2	3	4
3.			
...			
B)	Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung < 10 T€		
1.			
2.			
3.			
...			
	Zwischensumme II. der Spalten:	0	
	Gesamtsumme der Spalten:	0	

¹ nur strukturelle (jährlich wiederkehrende) Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung führen.

² Vermögensveräußerungen (soweit keine Ersatzbeschaffung erfolgt) sind mit der angenommenen Zinsentlastung von 4 % des Veräußerungserlöses der Aufwendungen/Ausgaben zu erfassen.

Amtliche Abkürzung: FAG**Fassung vom:** 07.03.2011**Gültig ab:** 01.01.2012**Dokumenttyp:** Gesetz**Quelle:****Gliederungs -Nr:** 6030-1

**Gesetz
über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein
(Finanzausgleichsgesetz - FAG -)
in der Fassung vom 7. März 2011**

**§ 16
Maßnahmen zur Verbesserung
der Finanzsituation
der Gemeinden und Kreise**

Zur Verbesserung der Finanzsituation der Gemeinden und Kreise stehen aus den nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 bereitgestellten Mitteln jährlich

1. für Konsolidierungshilfen nach § 16 a

75,0 Millionen Euro in den Jahren 2012 bis 2021 sowie

2. für Fehlbetragszuweisungen nach § 16 b

15,0 Millionen Euro in den Jahren 2012 bis 2021 und 45,0 Millionen Euro ab dem Jahr 2022

zur Verfügung.

© juris GmbH

Amtliche Abkürzung: FAG**Fassung vom:** 07.03.2011**Gültig ab:** 01.01.2012**Dokumenttyp:** Gesetz**Quelle:****Gliederungs** 6030-1**-Nr:**

**Gesetz
über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein
(Finanzausgleichsgesetz - FAG -)
in der Fassung vom 7. März 2011**

**§ 16 a
Konsolidierungshilfen**

(1) Gemeinden und Kreise, die ihren Haushalt nicht durch eigene Mittel und durch allgemeine Finanzausgleichshilfen nach diesem Gesetz ausgleichen können, können in den Jahren 2012 bis 2021 aus den nach § 16 Nr. 1 bereitgestellten Mitteln Konsolidierungshilfen erhalten, wenn

1. ein bis zum 31. Dezember 2009 aufgelaufener Fehlbetrag im Einzelfall mindestens 5,0 Millionen Euro beträgt und
2. die Gemeinde oder der Kreis im Zeitraum von 2002 bis 2009 mindestens fünf Jahre mit einem Fehlbetrag abgeschlossen hat.

Mit der Gewährung der Konsolidierungshilfen sollen die bisher aufgelaufenen sowie die künftig noch entstehenden Fehlbeträge bis zum Jahr 2021 zurückgeführt werden.

(2) Als Voraussetzung für die Gewährung von Konsolidierungshilfen sind in einem Konsolidierungskonzept die bisher durchgeführten und künftig geplanten Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung mit ihren finanziellen Auswirkungen darzustellen. Die Konsolidierungsmaßnahmen der Gemeinde oder des Kreises müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den für das Jahr 2010 gewährten Konsolidierungshilfen stehen. Dabei sind auch die 2010 neu entstandenen Fehlbeträge sowie strukturelle Besonderheiten im Einzelfall zu berücksichtigen.

(3) Konsolidierungshilfen können gewährt werden, wenn diese im Jahr 2012 beantragt werden und

1. das Konsolidierungskonzept nach Absatz 2 im Einzelfall die Anforderungen nach Absatz 2 Satz 2 und 3 erfüllt,
2. auf der Grundlage dieses Konsolidierungskonzepts die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zwischen der Gemeinde oder dem Kreis und dem Innenministerium nach Beteiligung des Finanzministeriums und der Landrätin oder des Landrats, soweit die Gemeinde ihrer oder seiner Aufsicht untersteht, sowie nach Anhörung der Landesverbände der Gemeinden und Kreise einvernehmlich abgestimmt und in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag verbindlich festgelegt worden sind und
3. die Gemeindevertretung oder der Kreistag dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages nach Nummer 2 innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der Abstimmungsgespräche zugestimmt hat.

Vor Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung oder den Kreistag sind die öffentlich-rechtlichen Verträge nach Satz 1 Nr. 2 dem Innen- und Rechtsausschuss sowie dem Finanzausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Kenntnis vorzulegen.

(4) Die nach § 16 Nr. 1 jährlich bereitgestellten Mittel werden jeweils zur Hälfte auf die Gruppe der kreisfreien Städte sowie auf die Gruppe der Kreise und Gemeinden aufgeteilt. Werden die Mittel nach Satz 1 für eine Gruppe nicht vollständig benötigt, sind die nicht benötigten Mittel zugunsten der anderen Gruppe zu verwenden. Innerhalb der jeweiligen Gruppe werden die zur Verfügung stehenden Mittel an die Gemeinden und Kreise, die die Voraussetzungen nach den Absätzen 1 bis 3 erfüllen, im Verhältnis ihrer bis zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres aufgelaufenen Fehlbeträge aufgeteilt; Zuweisungen werden bis zur Höhe des aufgelaufenen Fehlbetrages gewährt. Sofern eine Gemeinde oder ein Kreis ab 2015 für das vorvergangene Jahr keine Jahresrechnung oder Ergebnisrechnung vorlegt, bleibt sie oder er bei der Aufteilung der Mittel nach Satz 3 unberücksichtigt.

(5) Bei Gemeinden und Kreisen, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führen, treten anstelle der aufgelaufenen Fehlbeträge die nach der Ergebnisrechnung entstandenen Jahresfehlbeträge. Soweit die Gemeinde oder der Kreis bereits vor dem vorvergangenen Jahr die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt hat, werden die entsprechenden Jahresfehlbeträge hinzugerechnet. Ferner wird der aufgelaufene Fehlbetrag vor Umstellung auf die doppelte Buchführung dem Jahresfehlbetrag hinzugerechnet. Haben sich in den Jahren, in denen die Gemeinde oder der Kreis ihre oder seine Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt hat, Überschüsse ergeben, vermindern diese bereits in Vorjahren aufgelaufene Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge.

(6) Über die Bewilligung der Konsolidierungshilfen im Einzelnen entscheidet das Innenministerium. Für Konsolidierungshilfen nicht benötigte Mittel sind den Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 zuzuführen. Sofern einzelne Konsolidierungsmaßnahmen, die in dem nach Absatz 3 Nr. 3 beschlossenen Konsolidierungskonzept enthalten sind, nicht umgesetzt wurden, entscheidet das Innenministerium nach Beteiligung des Finanzministeriums und Anhörung der Landesverbände der Gemeinden und Kreise über die Gewährung der Zuweisung.

(7) Soweit die Höhe der Konsolidierungshilfe im Einzelfall noch nicht endgültig feststeht, können Abschlagszahlungen gewährt werden. Im Jahr 2012 gilt dies auch dann, wenn der öffentlich-rechtliche Vertrag nach Absatz 3 noch nicht geschlossen wurde. Gewährte Abschlagszahlungen sind zurückzuzahlen, soweit sie die endgültig feststehende Konsolidierungshilfe überschreiten oder ein öffentlich-rechtlicher Vertrag nach Absatz 3 nicht geschlossen wird. Die Rückzahlungen können mit den Ansprüchen nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 und 2 verrechnet werden.

(8) Das Innenministerium berichtet dem Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages regelmäßig über die Finanzentwicklung der Gemeinden und Kreise, mit denen ein öffentlich-rechtlicher Vertrag nach Absatz 3 geschlossen wurde.

Amtliche Abkürzung: FAG**Fassung vom:** 07.03.2011**Gültig ab:** 01.01.2012**Dokumenttyp:** Gesetz**Quelle:****Gliederungs-Nr:** 6030-1

**Gesetz
über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein
(Finanzausgleichsgesetz - FAG -)
in der Fassung vom 7. März 2011**

**§ 16 b
Fehlbetragszuweisungen**

(1) Gemeinden und Kreise, die ihren Haushalt nicht durch eigene Mittel und durch allgemeine Finanzausgleichszuweisungen nach diesem Gesetz ausgleichen können, können aus den nach § 16 Nr. 2 bereitgestellten Mitteln Fehlbetragszuweisungen erhalten, wenn

1. ihre Höhe im Einzelfall mindestens 80.000 Euro beträgt und
2. ihnen in den Jahren 2012 bis 2021 nach § 16 a Abs. 1 keine Konsolidierungshilfen gewährt werden können.

(2) Fehlbetragszuweisungen werden zum Ausgleich von unvermeidlichen Fehlbeträgen oder von unvermeidlichen Jahresfehlbeträgen der abgelaufenen Haushaltsjahre gewährt; in Ausnahmefällen können Fehlbetragszuweisungen zum Ausgleich eines voraussichtlichen Fehlbetrages oder eines voraussichtlichen Jahresfehlbetrages des laufenden Haushaltsjahres gewährt werden.

(3) Bei der Feststellung der unvermeidlichen Haushaltsfehlbeträge oder Jahresfehlbeträge müssen diejenigen Teile der Haushaltsfehlbeträge außer Ansatz bleiben, die durch Ausgaben oder Aufwendungen entstanden sind, die nicht als unbedingt notwendig anerkannt werden können, oder die durch eigene Einnahmen oder Erträge abgedeckt werden können, wenn alle Einnahme- oder Ertragsquellen in zumutbarem Umfang ausgeschöpft werden. Abweichend von Satz 1 werden in den Jahren 2012 bis 2014 bei den Kreisen und Städten, die der Aufsicht des Innenministeriums unterliegen, jeweils zwei Drittel der bis zum Ende des Jahres 2011 aufgelaufenen Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge sowie der ab 2012 entstehenden neuen Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge als unvermeidlich anerkannt.

(4) Sofern sich für einzelne Gemeinden und Kreise, die die Voraussetzungen für die Gewährung von Konsolidierungshilfen nach § 16 a Abs. 1 erfüllen, aus der Abrechnung von den für die Jahre bis einschließlich 2010 gewährten Fehlbetragszuweisungen Rückzahlungsverpflichtungen oder Erstattungsansprüche ergeben, erhöhen oder vermindern diese die nach § 16 Nr. 1 bereitgestellten Mittel.

(5) Über die Bewilligung der Fehlbetragszuweisungen im Einzelnen entscheidet das Innenministerium. Vor der Entscheidung über die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen sollen die Landesverbände der Gemeinden und Kreise gehört werden. Für Fehlbetragszuweisungen nicht benötigte Mittel sind den Schlüsselzuweisungen nach § 7 Abs. 2 zuzuführen.

(6) Für die Gewährung von Fehlbetragszuweisungen für die Jahre bis einschließlich 2010 gilt § 16 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2011 (GVOBl. Schl.-H. S. 76, ber. S. 123, 144). Absatz 4 bleibt unberührt.

© juris GmbH

Borchers-Seelig, Ute (Stadt Schwarzenbek)

Von: Arne.Krueger@im.landsh.de

Gesendet: Dienstag, 16. Oktober 2012 13:29

An: marc.Ziertmann@staedteverband-sh.de; jochen.nielsen@shgt.de; bernhard.hoyer@sh-landkreistag.de; info@shgt.de; Claus.Asmussen@lrh.landsh.de; Lutz.Kaiser@lrh.landsh.de; Dirk.Schroedter@fimi.landsh.de; Matthias.Loeschner@fimi.landsh.de; info@staedteverband-sh.de; Thomas.Bruenger@Kiel.de; jan-christian.erps@sh-landkreistag.de; hase@amt-berkenthin.de; hans-juergen.holland@neumuenster.de; horn@stadt-uetersen.de; traute.mcgregor@kreis-se.de; s.paap@kreis-rz.de; Karin.Reese-Cloosters@fimi.landsh.de; Knut.Riemann@im.landsh.de; peter.seidel@husum.de; Manuela.Soeller-Winkler@im.landsh.de; Klaus.Stoefen@im.landsh.de; jochen.von.allwoerden@staedteverband-sh.de; baesmann@kreis-rz.de; Manfred.Mueller@nordfriesland.de; g.ramcke@kreis-pinneberg.de; christian.ruege@kreis-se.de; harry.schroeder@nordfriesland.de; karin.grandt@kreis-se.de; Meike.Buhmann@im.landsh.de; Ralf.Warnholz@im.landsh.de; traute.mcgregor@kreis-se.de; Christiane.Ostwald@badsegeberg.de; g.wiese@elmshorn.de; haack@kreis-rz.de; br.munzke@kreis-pinneberg.de; thomas.bruenger@kiel.de; erhard.schmoldt@kreis-ploen.de; uwe.seestaedt@dithmarschen.de; f.dannenberg@kreis-oh.de; k.juergens@kreis-oh.de; j.mager@kreis-pinneberg.de; r.schoening@kreis-pinneberg.de; markus.winter@schleswig-flensburg.de; stefan.winkler@schleswig-flensburg.de; thomas.burmester@lauenburg-elbe.de; norbert.kurt@luebeck.de; pohlmann@stadtverwaltung.pinneberg.de; Borchers-Seelig, Ute (Stadt Schwarzenbek); ulrichsen.bernd@stadt.flensburg.de

Betreff: AW: Konsolidierungskonzept - Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfe (§ 16 a FAG)

Anlagen: Schreiben zur Konsolidierungshilfe vom 16.10.2012.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend übersende ich Ihnen ein Schreiben des Innenministeriums zum Konsolidierungskonzept nach dem Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§ 16 a FAG); Stand: 25. September 2012.

Das Schreiben wird ausschließlich per E-Mail versandt.

Freundliche Grüße aus Kiel

Arne Krüger
Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
-IV 3010-
Tel.: 0431 988-3131
Fax: 0431 988-6143131
E-Mail: Arne.Krueger@im.landsh.de

17.10.2012



Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Anschriften
lt. Verteiler

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: IV 3010 - 165.45
Meine Nachricht vom: /

Arne Krüger
arne.krueger@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3131
Telefax: 0431 988-6143131

nur per E-Mail

16. Oktober 2012

Konsolidierungskonzept nach dem Entwurf einer Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§ 16 a FAG)

Nach Ziffer 5.3 „Konsolidierungskonzept 2012 – 2015“ des o. g. Richtlinienentwurfs weise ich vorsorglich darauf hin, dass das Konsolidierungskonzept 2012 – 2015 unter Einbeziehung von Vorschlägen über Konsolidierungsmaßnahmen eine Einschätzung über die Finanzentwicklung/Ergebnisentwicklung einschließlich einer Prognose über die geplante Rückführung der strukturellen sowie der aufgelaufenen Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge im mittelfristigen Planungszeitraum enthält.

In diesem Zusammenhang wird für den Fall, dass der Richtwert für den angemessenen Eigenanteil durch Konsolidierungsmaßnahmen nicht erreicht werden sollte, darauf hingewiesen, dass hierfür eine besondere Begründung der Gemeinde oder des Kreises erforderlich ist (Ziffer 4.2 der Richtlinie).

Dabei empfehle ich bei Gemeinden besonders auf die Hebesätze bei Realsteuern einzugehen, wenn die nach Ziffer 3.3 der Richtlinie vorgegebenen Hebesätze nicht überschritten werden.

Bei den Kreisen empfehle ich besonders auf den Kreisumlagesatz für die allgemeine Kreisumlage einzugehen, wenn der durchschnittliche Hebesatz nicht überschritten wird.

Darüber hinaus empfehle ich Kreisen für den Fall, dass sie keine Schulkostenbeiträge für Förderschulen erheben sollten, darauf einzugehen, warum dies bei Ihnen nicht erfolgen soll.

Nach Ziffer 5.4 der Richtlinie werden an dem Abstimmungsgespräch zwischen dem Innenministerium und der Gemeinde oder dem Kreis auch die Mitglieder der AG Konsolidierungshilfe, d. h. Vertreterinnen und Vertreter des Finanzministeriums, der kommunalen Landesverbände und des Landesrechnungshofs teilnehmen.

Um diesen -zur Vorbereitung auf das Gespräch- das Konsolidierungskonzept zuleiten zu können, bitte ich mir das Konsolidierungskonzept nicht nur in Papierform sondern auch per E-Mail zu übersenden.

Stöfen
Klaus Stöfen

Verteiler:

Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände
Städtetag Schleswig-Holstein
Reventlouallee 6
24105 Kiel

Landesrechnungshof - LRH 4 -

Finanzministerium des
Landes Schleswig-Holstein
- VI 20-

Oberbürgermeister
der Stadt Flensburg
Rathausplatz 1
24931 Flensburg

Landrat des
Kreises Schleswig-Flensburg
Flensburger Straße 7
24837 Schleswig

Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Kiel
Fleethörn 9
24103 Kiel

Bürgermeister
der Stadt Lauenburg/Elbe
Amtsplatz 6
21481 Lauenburg/Elbe

Bürgermeister
der Hansestadt Lübeck
Rathaus
23552 Lübeck

Bürgermeister
der Stadt Schwarzenbek
Ritter-Wulf-Platz 1
21493 Schwarzenbek

Oberbürgermeister
der Stadt Neumünster
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

Bürgermeister
der Gemeinde Pellworm
über das
Amt Pellworm
Zingel 10
25813 Husum

Landrat des
Kreises Dithmarschen
Stettiner Straße 30
25746 Heide

Bürgermeisterin
der Stadt Elmshorn
Schulstraße 15 -17
25335 Elmshorn

Landrat des
Kreises Herzogtum Lauenburg
Barlachstraße 2
23909 Ratzeburg

Bürgermeisterin
der Stadt Pinneberg
Bismarckstr. 8
25421 Pinneberg

Landrat des
Kreises Ostholstein
Lübecker Straße 41
23701 Eutin

Bürgermeisterin
der Stadt Uetersen
Wassermühlenstraße 7
25436 Uetersen

Landrat des
Kreises Pinneberg
Kurt-Wagener-Str. 11
25337 Elmshorn

Bürgermeister
der Stadt Bad Segeberg
Lübecker Straße 9
23795 Bad Segeberg

Landrätin des
Kreises Plön
Hamburger Str. 17/18
24306 Plön

Landrat
des Kreises Herzogtum Lauenburg
als Kommunalaufsichtsbehörde
Barlachstraße 2
23909 Ratzeburg

Landrat
des Kreises Nordfriesland
als Kommunalaufsichtsbehörde
Kreishaus
Marktstraße 6
25813 Husum

Landrat
des Kreises Pinneberg
als Kommunalaufsichtsbehörde
Kurt-Wagener-Str. 11
25337 Elmshorn

Landrätin
des Kreises Segeberg
als Kommunalaufsichtsbehörde
Hamburger Straße 30
23795 Bad Segeberg

Landrat
des Kreises Herzogtum Lauenburg
Gemeindeprüfungsamt
Barlachstraße 2
23909 Ratzeburg

Landrat
des Kreises Nordfriesland
Gemeindeprüfungsamt
Kreishaus
Marktstraße 6
25813 Husum

Landrat
des Kreises Pinneberg
Gemeindeprüfungsamt
Kurt-Wagener-Str. 11
25337 Elmshorn

Landrätin
des Kreises Segeberg
Gemeindeprüfungsamt
Hamburger Straße 30
23795 Bad Segeberg

Mitglieder der AG Konsolidierungshilfe